

95 896 Mann — 23 Prozent ist eine um 9000 To. — 2,6 Prozent höhere Förderung zu verzeichnen. In Oberschlesien betrug im Jahre 1925 die bergmännische Belegschaft 44 679 Mann, die arbeitsmäßige Förderung 48 000 To.; im Jahre 1930 die bergmännische Belegschaft 48 904 Mann, die arbeitsmäßige Förderung 60 000 To. Während die Belegschaft um 9 Prozent vermehrt wurde, stieg die Förderung um 25 Prozent.

Bei der Braunkohle liegen die Verhältnisse nicht anders. Die Belegschaft hatte 1925 im mitteldeutschen Braunkohlengraben eine Stärke von 88 829 Mann, die monatliche Förderung an Rohbraunkohle betrug 8 698 161 To. Im Jahre 1930 wurden bei einer Belegschaft von 57 008 Mann 7 806 183 To. gefördert. Der Rückgang der Belegschaft beziffert sich auf 35 Prozent, der der Förderung jedoch nur um 16 Prozent. Dabei muß berücksichtigt werden, daß im Jahre 1930 in nicht geringem Umfange Feiertagen eingelegt worden sind, was 1925 nicht der Fall war. Genau so liegt es bei der rheinischen Braunkohle.

Die Arbeitslosigkeit ist also nicht nur durch die Krise verursacht. Die Rationalisierung hat einen erheblichen Teil der Arbeitszeit freigelegt. Deshalb ist eine Verkürzung der Arbeitszeit unvermeidlich, wenn das Arbeitslosenproblem gelöst werden soll. Und daß dieses Problem gelöst werden muß, darüber kann es Meinungsverschiedenheiten nicht geben, denn es ist das Problem, von dessen Lösung der Bestand der Wirtschaft abhängt!

Die Unternehmer wenden sich immer noch gegen eine Arbeitszeitverkürzung, aber sie zeigen keinen anderen Weg, um der Arbeitslosigkeit Herr zu werden. Ihre Argumentation, daß die Arbeitslosigkeit nur durch Mehrarbeit, d. h. längere Arbeitszeit, überwunden werden könnte, scheitert an der Weltmarktlage.

Für die Gewerkschaften erwächst deshalb die Aufgabe, im Interesse der Wirtschaft und somit der Gesamtheit des Volkes alles daran zu setzen, um zu einer Verkürzung der Arbeitszeit zu kommen.

Wir stellen uns restlos auf den Boden der Forderung des DGB, auf gesetzlichem Wege die 40-Stundenwoche einzuführen.

Mit Hilfe der Reichsregierung sind in sämtlichen Bergbau- und Bergbauarten die Löhne gekürzt worden, mit Ausnahme des Kaliberbaues. In den Steinkohlenrevieren hat die Lohnsenkung durchweg 6 Prozent betragen. Nur in Niederschlesien waren es 5 Prozent. Im Erzebergbau betrug die Lohnsenkung bis zu 7 Prozent. Im Braunkohlenbergbau ist eine Kürzung der Tariflöhne bisher nicht vorgenommen, weil die Tarife nicht gekündigt werden konnten. Für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau ist sogar am 1. Dezember 1929 noch eine Erhöhung der Tariflöhne von 25 Pf. und ab 1. Dezember 1930 eine solche von 15 Pf. eingetreten. Trotz dieser Erhöhung der Tariflöhne waren die Effektivlöhne im Januar d. J. um 3 Prozent niedriger als im August 1929.

Die Lohnsenkung bringt in den Hauptsteinkohlenrevieren für die Arbeiter, wenn man 20 Schichten zugrunde legt, einen Lohnausfall von etwas über 4 Millionen Mark monatlich oder jährlich rund 50 Millionen Mark.

Für das Ruhrgebiet allein beträgt der Lohnausfall etwas über 3 Millionen monatlich oder jährlich rund 37 Millionen Mark. Bei rund 1 Million Feiertagschichten, wie sie im Monat Februar und März noch vorhanden waren, ergibt sich ein weiterer Lohnausfall von 8,5 Millionen Mark, insgesamt also

für das Ruhrgebiet monatlich fast 12 Millionen Mark Lohnausfall.

Die Kürzung der Löhne herbeigeführte Produktionsverbilligung sollte nach Auffassung der Unternehmer und der Reichsregierung zu einer Steigerung des Absatzes führen. Tatsächlich ist aber noch ein weiterer Rückgang des Absatzes eingetreten. Die arbeitsmäßige Förderung betrug an der Ruhr im Januar 332 000 To., im März aber nur noch 294 000 To. Das ist ein Rückgang von 38 000 To. = 11,5 Prozent. Es ist also mit der Lohnsenkung ein weiterer Absatzrückgang eingetreten.

Man sollte annehmen, durch diese Erfahrung kämen die Unternehmer zu der Erkenntnis, daß der Absatz nicht gesteigert werden kann, wenn die Kaufkraft der breiten Massen immer mehr geschwächt wird. Das ist aber keineswegs der Fall. Sie fordern weiteren Lohnabbau als Voraussetzung für die Überwindung der Krise. So hat der Vorsitzende des Zechenverbandes Dr. Brandt erst vor 14 Tagen auf einer Tagung in Dortmund erneut diese Forderung erhoben. Die Lohnsenkung, so führte Herr Brandt aus, sei notwendig, um die Kapitalbildung zu ermöglichen. Die jetzigen Preise müßten aber gehalten werden, weil sonst eine Kapitalbildung nie kommen würde. In Deutschland sei alles, was seit 1918 produziert, verteilt und konsumiert worden.

Die Tatsache, daß in Deutschland seit 1924 in erheblichem Umfang neue Produktionsanlagen geschaffen worden sind und vorhandene Anlagen ausgebaut wurden, ist selbstverständlich auch Herrn Brandt und den übrigen Unternehmern bekannt. Daß mit den vorhandenen Produktionsanlagen weit mehr Güter erzeugt als abgesetzt werden können, kann auch von ihnen nicht bestritten werden. Die Behauptung, in Deutschland sei alles, was produziert wurde, verteilt und konsumiert worden, ist also nicht aufrechtzuerhalten. Die Behauptung des Herrn Brandt ist aber auch widerlegt durch die Feststellung des Instituts für Konjunkturforschung, nach der von 1924 bis 1928 die innerschlesische Kapitalbildung 37 bis 38 Milliarden Mark betragen hat.

Es soll und kann nicht bestritten werden, daß durch eine größere Kapitalbasis die Krise gemildert werden könnte. Wie soll aber eine Kapitalbildung möglich sein, wenn die Betriebe nur zu einem geringen Teil beschäftigt sind und die Waren keinen Absatz finden, weil die Massen sie nicht kaufen können. Wie schon gesagt, beträgt die Veränderung des Einkommens im Ruhrgebiet durch Lohnsenkung und Feiertagschichten monatlich 12 Millionen Mark, das macht für den einzelnen Bergarbeiter im Durchschnitt 42 M. oder 18 Prozent aus. Das Institut für Konjunkturforschung sagt in seinem Bericht im 4. Heft der Vierteljahrshefte:

„Der Rückgang des Arbeitseinkommens hat neuerdings einen Umfang angenommen, wie er in den letzten vierzig Jahren nicht mehr zu verzeichnen war.“

Der Einkommensverlust aus Arbeitslosigkeit und Surzarbeit allein schätzt das Institut für Konjunkturforschung für das ganze Jahr 1930 auf mindestens 3,5 bis 4 Milliarden Mark gegenüber dem Vorjahre. Eine weitere Senkung der Löhne muß die Krise verschärfen und die Kapitalbildung erschweren.

Die Lohnsätze in unseren Berufen können fast alle zum letzten Juni oder Juli dieses Jahres gekündigt werden. Nach dem, was aus Unternehmerkreisen bekannt geworden ist,

muß man damit rechnen, daß diese die Kündigung der Tarife vornehmen. Beweist doch die Kündigung des Rahmentarifs im Ruhrgebiet, daß es den Unternehmern darauf ankommt,

die Wirtschaftskrise dazu auszunutzen, um die Tarife (soweit wie möglich) zu verschlechtern.

Sie begründen zwar diese Kündigung mit der Wirtschaftslage. Diese zwingt sie dazu, eine Entlastung des Bergbaues anzustreben, wenn es sich auch nur um Pfennige handelt. Tatsächlich macht die Entlastung, wenn die Forderung der Unternehmer verwirklicht würde, pro Tonne Kohle nur einige Pfennige aus. Sie hätten Gelegenheit, an anderen Stellen weit mehr einzusparen, wenn es ihnen ernstlich darum zu tun wäre. Nicht die Entlastung ist der wahre Grund für die Kündigung, sondern die reaktionäre Einstellung der Schwerindustrie, die am liebsten die Arbeiterrechte gänzlich beseitigen würde. Das ergibt sich auch daraus, daß die Forderungen der Nordwestlichen Gruppe sich mit denen des Zechenverbandes so ziemlich decken.

Unser Verband ist in den nächsten Monaten vor schweren Aufgaben gestellt. Wir werden alles, was in unseren Kräften steht, tun, um eine weitere Verschlechterung der Lage der Bergarbeiter zu verhindern. Alle Kräfte der Organisation müssen eingesetzt werden für eine Verkürzung der Arbeitszeit, ohne die eine Überwindung der Arbeitslosigkeit nicht möglich ist. (Lebhafter Beifall.)

Ursachen der Betriebsunfälle

Betriebsunfälle und Vorgänge, bei denen sich im Jahre 1928 Unfälle ereigneten



An der Debatte zu Martmöllers Referat beteiligten sich die Kameraden August Schmidt, Reddigau, Engelhardt, Schröder, Zimmer, Schwarz, Lehmann, Heinrich Becker, Kremer, Köppler, Möhle und Dr. Berger. Mit großem Ernst wurde die Wichtigkeit der umfassenden Arbeitszeitverkürzung betont und die dagegen vorgebrachten Scheingründe widerlegt.

Die erbiterte Stimmung der Bergleute gegenüber dem Unverständnis der Unternehmer, wie er bei Tarifkündigungen und in den Unternehmerforderungen an der Ruhr zum Ausdruck kommt, fand bereite Schilderung. Zwar lehnen die Bergleute mit erfreulicher Deutlichkeit kommunistische Streikparolen zum 1. Mai ab, lassen aber keinen Zweifel darüber, daß die Verzweigung sehr leicht zur Notwendigkeit schärfster Wirtschaftskämpfe führen kann! Von der Reichsregierung wird erwartet, daß sie ohne Eingehen auf Unternehmerargumente das Notwendige in der Arbeitszeitfrage tue. Wenn das in diesem Sommer nicht geschehe, könne der nächste Winter sehr leicht Katastrophen bringen, in deren Strudel die deutsche Wirtschaft versinke.

Die Haltung der Verbandsvertreter bei den mitteldeutschen Verhandlungen wurde gutgeheißen und die Richtlinien für die künftige Politik festgelegt. Wenn auch Lohnpolitik, Reparationsbelastung und manche andere Fragen in den Kreis der Erörterung gezogen wurden, so kehrte die Debatte doch immer wieder zu dem einen Punkt zurück:

Nur ausreichende, dauernde Arbeitszeitverkürzung ist das wesentlichste Hilfsmittel zur Überwindung der Krise!

Zu den beiden Referaten wurde folgende Entschließung angenommen:

„Der Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands stellt sich mit aller Entschiedenheit hinter die vom DGB. erhobene Forderung nach Einführung einer gesetzlichen vierzigstündigen Arbeitswoche mit einer allgemeinen Verpflichtung zur Einweisung neuer Arbeitskräfte im Ausmaß der Arbeitszeitverkürzung. Im Kampfe gegen die immer noch zunehmende Arbeitslosigkeit im Bergbau erblickt der Verband in der unverzüglichen Verkürzung der Arbeitszeit das wichtigste, sofort wirksame Hilfsmittel und verlangt, daß bei den in Aussicht genommenen Regelungen die besondere Schwere und Gefährlichkeit der Bergarbeit eine entsprechende Berücksichtigung findet.“

Von der Reichsregierung wird erwartet, daß sie zu den bevorstehenden Genfer Beratungen über eine internationale Arbeitszeitverkürzung ihre Vertreter anweist, für eine weitergehende Schichtzeitverkürzung im Stein- und Braunkohlenbergbau unter und über Tage einzutreten.

Zu einer beschleunigten Krisenmilderung muß außerdem auf die sehr erheblichen Ersparnismöglichkeiten hingewiesen werden, die durch Senkung der Kapitalkosten für die unbeschäftigte und überzählige Produktionskapazität im Bergbau sowie durch Verminderung der internationalen Kampfkosten bei einer internationalen Produktions- und Absatzregelung herbeizuführen sind. Demgegenüber würden abermalige Lohnkürzungen die schlimmen Folgen der Wirtschaftskrise nur noch verschärfen. Die Reichskonferenz fühlt sich verpflichtet, auf die wirtschaftlichen und sozialen Gefahren aufmerksam zu machen, die bei weiteren Verschlechterungen der Arbeits- und Lebensbedingungen der Bergarbeiter unaufhaltbar werden.“

Am zweiten Tage beschäftigte sich die Reichskonferenz zunächst mit dem

Knappschaffsproblem.

Den Ausführungen des Referenten

Karl Borgschulze

ist folgendes zu entnehmen: „Der letzten Reichskonferenz unseres Verbandes, die vor einigen Monaten in Berlin tagte, lag ein

Brief des Reichsarbeitsministers Stegerwald vor, in dem die Reichsregierung aufgefordert wurde, auf dem Wege der Selbstverwaltung gewisse Sparmaßnahmen vorzunehmen. Die Durchführung dieser Sparmaßnahmen sollte die Voraussetzung für die notwendige Reichshilfe sein. Die Reichsregierung hat diese Anregung des Reichsarbeitsministeriums befolgt und eine Reform der Satzungen vorgenommen. Trotzdem ist die versprochene Reichshilfe bis jetzt ausgeblieben. Diese Haltung des Reichsarbeitsministeriums bzw. der Reichsregierung ist um so merkwürdiger, weil auch in der entscheidenden Hauptversammlung der Reichsregierung ein Vertreter des Reichsarbeitsministeriums ausdrücklich erklärte, daß die vorgenommene Reform nimmere in bezug auf die Hilfe des Reiches die gewünschte Folge haben würde. Bis zur Stunde ist es leider bei diesen Worten geblieben, obwohl die Finanzkrise der Reichsregierung katastrophale Formen angenommen hat. Im letzten Jahre hatten wir einen Fehlbetrag von 50 Mill. M. aufzuweisen, für das laufende Jahr 1931 wird er auf 100 Mill. M. zu beziffern sein. Der Fehlbetrag ist daher beinahe so groß wie die gesamte Beitragseinnahme. Infolge der Belegschaftsverminderung und der wachsenden Zahl der Leistungsempfänger sind wir jetzt so weit, daß auf 1,97 Knappschaffsmitglieder ein Invalide entfällt. Oder anders ausgedrückt:

19 aktive Bergarbeiter haben gegenwärtig nicht nur ihre Familien zu ernähren, sondern gleichzeitig für 10 Invaliden aufzukommen.

Daraus ergibt sich ganz klar, daß das Reich der Knappschaff helfen muß, wenn diese trotz äußerster Anspannung der Bergarbeiter nicht zusammenbrechen soll.

An Verbesserungsvorschlägen hat es bisher nicht gefehlt. So haben wir beispielsweise in zahlreichen Entschlüssen, Eingaben und Kundgebungen immer wieder Wege gewiesen. Erinnert sei nur, daß wir neben den Mitteln aus dem Reichshaushalt eine allgemeine Produktionsumlage gefordert haben. Ferner sei an den sozialdemokratischen Antrag im Reichstag erinnert, der die Reichsregierung ersuchte, aus den Mitteln der Industriebelastung zugunsten der Osthilfe einen Betrag von 50 Mill. M. jährlich für die Zwecke der Knappschaffsversicherung bereit zu stellen. Diese Entschlüsse sind im Neunten Ausschuss des Reichstages vorgelegt worden, ohne daß es bisher zu irgendwelchen Beschlüssen gekommen ist. Auch die Bildung einer kleinen Kommission hat zu einem praktischen Ergebnis nicht geführt. Die ganze Verantwortung für das ungelöste Knappschaffsproblem liegt somit bei der Regierung.

In der anschließenden Aussprache wurde betont, daß, wenn es in der Knappschaffsfrage eine Schuldfrage geben würde die Bergarbeiter freizusprechen seien, da sie für den gewaltigen Belegschaftsabbau — seit 1922 hat sich die Zahl der Bergarbeiter von 1 200 000 auf nahezu 500 000 vermindert — nicht verantwortlich seien. Dagegen sei es sehr fragwürdig, ob die zurückliegenden Regierungsmaßnahmen durch Beitragsenkung den Bergarbeitern eine Lohnerhöhung zu gewähren, richtig gewesen seien. Die Bergarbeitervertreter hätten von Anfang an eine andere Grundlage für die Sanierung der Knappschaff gewünscht. Am so mehr sei die Regierung jetzt verpflichtet, schnellstens und ausreichend zu helfen. Auf eine nochmalige Entschlüsse wurde verzichtet, da, wie bereits betont, der Bergarbeiterverband nach dieser Richtung sein Möglichstes getan hat und nunmehr es ausschließlich an dem Willen der maßgebenden Regierungskreise liegt, durch eine schnelle und wirksame Hilfe der maßlosen Erbitterung und Enttäuschung der Bergarbeiter entgegenzuwirken.

Sodann wurde vom Hauptkassierer Bickner ein Kassenbericht gegeben. Daran ist bemerkenswert, daß der Bergarbeiterverband im letzten Jahre 3,1 Mill. M. für Erwerbslosen- und Krankenunterstützung verausgabte. Für Streik- und Gemäßregelunterstützung wurden rund 470 000 M., für Bildungszwecke 163 000 M. ausgegeben. Wenn man bedenkt, daß es in der heutigen Notzeit vielen Bergarbeitern wirtschaftlich sehr schwer fällt, die Gewerkschaftsbeiträge aufzubringen, dann sind diese Unterstützungszahlen als ein hervorragender Beweis gewerkschaftlicher Solidarität und gegenseitiger Hilfsbereitschaft anzusehen.

Zum Schluß behandelte Kamerad Bledmann noch einige Probleme organisatorischer Art und besonders die Frage der Agitation. Hierzu wurde beschlossen, auch für das Jahr 1931 wieder an erfolgreiche Agitatoren Werbepremien zu verteilen.

Eine Million Wohlfahrtserwerbslose.

Bei den Arbeitssätzern sind nach der letzten Veröffentlichung im „Reichs-Arbeitsmarktanzeiger“ am 28. Februar 1931 insgesamt 900 508 Wohlfahrtserwerbslose gezählt worden, die aus Gemeindefürsorgeerwerbungen erhielten. Ende Januar waren es 846 184. Nach den Meldungen der kommunalen Zeitschriften für 1930 betrug die Anzahl 997 295 Wohlfahrtserwerbslose gegen 953 314 Ende Januar. Die Zunahme bei den Arbeitssätzern erscheint mit über 54 000 also etwas größer als die mit 44 000 bei den Fürsorgeverbänden. Die Gründe für die Unterschiede der beiden Ergebnisse liegen in der verschiedenen Auffassung über die Anerkennung und Eintragung als Wohlfahrtserwerbslose. Da die Ergebnisse der beiden Statistiken um fast 97 000 noch sehr erheblich voneinander abweichen, soll weiterhin versucht werden, in enger Zusammenarbeit zwischen Arbeitsamt und Bezirksfürsorgeverband für Klärung der Unterschiede in den Zahlen zu sorgen.

In der beruflichen Zusammensetzung der bei den Arbeitssätzern gezählten Wohlfahrtserwerbslosen sind am stärksten vertreten die Lohnarbeit wechselnder Art (39 Prozent), die Metallverarbeitung (11,9 Prozent), das Baugewerbe (10,1 Prozent), das Verkehrsgewerbe (6,2 Prozent), die kaufmännischen Angestellten (4,2 Prozent) und das Holz- und Schnitzstoffgewerbe (3,5 Prozent).

Von 100 Arbeitslosen wurden 52,1 aus der Arbeitslosenversicherung, 18,3 aus der Krisenfürsorge und 18,1 aus Mitteln der öffentlichen Fürsorge unterstützt. Die auf 1000 Einwohner berechnete Zahl der von den Bezirksfürsorgeverbänden gezählten Wohlfahrtserwerbslosen ist von 15,27 Ende Januar auf 15,98 Ende Februar 1931 gestiegen; in den städtischen Bezirksfürsorgeverbänden von 24,77 auf 25,81 und in den ländlichen von 8,59 auf 9,07. Bei den Großstädten zeigt eine Reihe von Städten, wie Wuppertal, Chemnitz, Mannheim, Kassel nur eine geringe Zunahme der Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen, in Essen und Dortmund ist sogar ein Rückgang erfolgt. Bei Hannover und Hagen, wo der Rückgang besonders groß ist, beruht die Abnahme darauf, daß diese Städte neuerdings eine Trennung der anerkannten Wohlfahrtserwerbslosen und der als solche vom Arbeitsamt nicht anerkannten unterstützten Personen vornehmen.

Eine Warnung der Gewerkschaften an die Reichsregierung.

Die Bundesvorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes haben am 23. April an den Reichsminister Dr. Brüning und an das Reichskabinett folgende Kundgebung gerichtet:

„Die unterzeichneten gewerkschaftlichen Spitzenverbände geben hiermit ihrer Besorgnis über die ungemein schwierige wirtschaftliche und soziale Lage der Arbeiter- und Angestelltenchaft Ausdruck.

Die Politik der Regierung, Löhne, Gehälter und Preise zu senken, hat nicht zu einer fühlbaren Verringerung der Wirtschaftskrise geführt. Nicht entfernt ist die Senkung der Preise in dem Maße erfolgt, wie die Senkung der Löhne und Gehälter. Infolge des hierdurch entstandenen Verlustes an Realeinkommen und Kaufkraft der Konsumentenmassen kann die Wirtschaftskrise in Deutschland nicht zu beschleunigtem Ablauf kommen. Noch immer sind daher mehr als 4,6 Millionen arbeitslos. Eine tiefgehende Notlage beherrscht die gesamte deutsche Arbeiter- und Angestelltenchaft.

In dieser Notzeit ist nun gar bereits in einer größeren Anzahl Städten der Brotpreis erhöht worden. Wir erheben hiermit schärfsten Protest gegen diese Verteuerung wichtigster Lebensmittel, die schnellstens rückgängig gemacht werden muß, wenn nicht noch größeres Elend kommen und damit eine gesteigerte Erregung im deutschen Volk Platz greifen soll.

Als wichtigste Aufgabe der nächsten Zeit sehen wir die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Versorgung der Arbeitslosen an. Deshalb erneuern wir unsere Forderung nach durchgreifender Verfügung der Arbeitszeit durch allgemeine Einführung der Vierstundentage für alle Berufe unter Erhaltung und Stärkung der Massenkraft. Die zur Arbeitszeit gemachten Vorschläge der Gutachtermmission betrachten wir nicht als eine Lösung, da von ihnen weder eine Arbeitszeitbeschränkung in dem nach der Lage des Arbeitsmarktes erforderlichen Ausmaß, noch eine ernsthafte Bekämpfung des Doppelverdienstes erwartet werden kann.

Selbst wenn es gelingen sollte, die Arbeitslosigkeit einzudämmen, bleibt die Sicherung der Arbeitslosenunterstützung eine vordringliche Pflicht des Staates. Wir betonen ausdrücklich, daß uns weitere Einschränkungen der bereits ohnedies stark reduzierten Leistungen oder eine weitere Einengung des Personalfreies in der Arbeitslosenversicherung völlig untragbar erscheinen. Wir warnen vor der Einführung von Reformen, die nur Abbau und Auflösung der Versicherung bedeuten können. Dagegen erscheint uns dringend notwendig die Schaffung einer einheitlichen Arbeitslosenfürsorge für alle Arbeitslosen, die keine Versicherungsansprüche haben. Wir betonen erneut die Notwendigkeit, öffentliche Mittel in größerem Umfang für die Unterstützung der Arbeitslosen bereitzustellen, wenn die zur Verfügung stehenden Beitrags- und Etatmittel zur Deckung der Lasten nicht ausreichen.

Im Gebiet der sonstigen Sozialversicherung ist die Sanierung der knappschaftlichen Rentenversicherung ein dringendes Gebot. Entschieden abgelehnt werden muß aber der Gedanke, diese Sanierung durch die Inanspruchnahme anderer Versicherungswege zu bewerkstelligen, deren eigene finanzielle Lage im Gegenteil alsbaldige Hilfsmaßnahmen notwendig machen wird. So weisen wir erneut auf die bedenkliche Entwicklung der Finanzen der Invalidenversicherung hin, für die ebenfalls alsbaldige Sanierungsmaßnahmen erforderlich sein dürften, um wenigstens die heutigen, an sich schon unzureichenden Renten zu gewährleisten.

Zu der von der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände geforderten Reform der Unfallversicherung erklären wir ausdrücklich, daß wir die Wünsche der Arbeitgeber sachlich in allen Punkten ablehnen: Nicht Abbau, sondern im Gegenteil Ausbau der Unfallversicherung, namentlich soweit die Erweiterung des Kreises der entschädigungspflichtigen Berufsrisiken in Frage kommt, ist dringend erforderlich.

Wir weisen die Regierung und gleichzeitig die Öffentlichkeit noch einmal darauf hin, welche ungeheuren Opfer die deutsche Arbeitnehmerchaft in der Vergangenheit bereits auf sich genommen hat. Eine weiterhin einseitig gegen die Interessen der deutschen Arbeitnehmer gerichtete Politik muß zu schwersten sozialen Kämpfen und zu größter politischer Beunruhigung und Verbitterung führen. Wir erwarten, daß die Regierung sich dieser unseignaren Tatsache bei ihren Beratungen bewußt bleiben wird.

Zur Frage des neunten Schuljahres

Das bedrohliche Anwachsen der Arbeitslosenziffern hat im Herbst 1930 die Frage der Einführung eines neunten Schuljahres, vorwiegend unter arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten, zur Diskussion gestellt. Vertreter des ADGB und des AFV-Bundes sind deshalb erneut gemeinsam mit Vertretern der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen und sonstigen den freien Gewerkschaften nahestehenden Schulfachverständigen in Beratungen über die grundsätzliche Haltung zur Frage der Verlängerung der Schulpflicht eingetreten und vor öffentlichen im folgenden das Ergebnis ihrer Stellungnahme:

Gründe für die Einführung des neunten Schuljahres.

Die Verlängerung der Schulpflicht als ständige Einrichtung zum Zwecke der organischen Verbindung von Volks- und Berufsschule wird gefordert. Gegen die Verlängerung der Schulpflicht als befristete Notmaßnahme aus arbeitsmarktpolitischen Gründen, etwa bis zum Anheben eines wirtschaftlichen Umschwunges, bestehen wirtschaftliche und pädagogische Bedenken.

Für die Einführung und Ausgestaltung eines neunten Schuljahres sprechen die folgenden Gründe:

- 1. Das Interesse der Jugendlichen selbst,
2. die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse unserer Zeit,
3. schulorganisatorische Notwendigkeiten.

1. Das Interesse der Jugendlichen selbst.

Die Verlängerung der Schulpflicht ist eine wirksame Erweiterung des Jugendstudiums, da der ganztägige Schulbesuch den Eintritt in ein Arbeitsverhältnis um ein volles Jahr hinauszieht. Die Jugendlichen haben durch das weitere Jahr des Schulbesuches die Möglichkeit, sich körperlich kräftiger und geistig reifer zu entwickeln. Der Jugendliche wird infolgedessen seine Berufsentscheidung mit größerer Sicherheit treffen können. Bei einer Verlängerung der Schulpflicht müssen gleichzeitig die Vorkurricula über den Jugendschutz (Gewerbeordnung, Kinderschutzgesetz u. a.) nachgeprüft und geändert werden, damit ein unerwünschtes Nebeneinander von Schule und Erwerbsarbeit verhütet wird.

Die modernen rationellen Arbeitsmethoden bedeuten für Körper und Geist des Jugendlichen eine starke Belastung, die durch die Erscheinungen der Reifezeit gesteigert wird. Die häusliche Umwelt erhöht bei einem großen Teil der Jugendlichen diese Spannungen. Das Geldverdienen, der Zwang, sich beruflich in das Leben Erwachsener einzuordnen und eine Fülle öffentlicher

rechtlicher Verhältnisse stellen die Jugendlichen plötzlich vor Aufgaben, für die sie besonders vorbereitet werden müssen.

2. Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse unserer Zeit.

Die technische, wirtschaftliche und staatliche Entwicklung der letzten Jahrzehnte stellt höhere Ansprüche an Wissen und Können, Anpassungs-, Urteils- und Entscheidungsfähigkeit der Jugendlichen. Die Arbeitsformen und Arbeitsmethoden des modernen Betriebes sind einseitiger und mannigfaltiger zugleich geworden. Sie verlangen gesteigerte technische Kenntnisse und Fertigkeiten sowie berufliche Wendigkeit. Jeder einzelne wird passiv und aktiv in das öffentlich-rechtliche Leben und in das durch Organisationen beeinflusste Arbeitsleben eingegliedert. Die Verwaltung der Kommunen, der Länder und des Reiches greift immer tiefer in das Leben des jugendlichen Menschen ein, die Demokratisierung von Wirtschaft und Staat verlangt weitgehende praktische und theoretische Vorbildung, Schulung und Aktivierung.

Die Verlängerung der Schulpflicht um ein Jahr als ständige Maßnahme bedeutet eine Entlastung des Arbeitsmarktes. Sie muß jedoch allgemein durchgeführt werden; für landwirtschaftliche, forstwirtschaftliche und Gärtnereibetriebe dürfen keine Ausnahmen gemacht werden. Die Verlängerung der Schulpflicht bedeutet zugleich eine Verlängerung der Unterhaltspflicht für die Eltern. Aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen ist es daher notwendig, Winderbemittelten während dieses Jahres eine angemessene Wirtschaftsbeihilfe aus öffentlichen Mitteln zu sichern.

3. Schulorganisatorische Notwendigkeiten.

Die mangelhafte Verbindung zwischen Volks- und Berufsschule muß im Interesse eines einheitlichen Bildungsaufstiegs behoben werden. Volks- und Berufsschule gehören organisch zusammen. Das neunte Schuljahr muß demzufolge das Übergangs- und Verbindungsjahr sein. Es wird seinen Zweck jedoch nur erfüllen, wenn auch in den vier oberen Volksschulstufen praktischer Arbeitsunterricht in den Vordergrund rückt. Die vorliegenden Vorschläge betreffen nur die bisherigen Forderungen zum Ausbau der Volksschule.

Aus Gründen der Einheitlichkeit ist eine reichsrechtliche Regelung der Frage erforderlich. Das neunte Schuljahr muß das Bindeglied zwischen Volks- und Berufsschule sein. Die wesentliche, weltanschauliche Bestimmung der Volksschule würde die sachlich zweckmäßige Gestaltung des weiteren Schuljahres hemmen; die diesem Schuljahr eigentlich zu stellenden Aufgaben können in diesem Rahmen nicht erfüllt werden.

Im Interesse des neunten Schuljahres wäre in allen Ländern eine Einheitlichkeit der Verwaltungsmaßnahmen erforderlich. In den großen und mittleren Städten mit ausgebautem Volks- und Berufsschulwesen läßt sich mit den vorhandenen Lehrkräften, Räumen und Einrichtungen beider Schulgattungen unter entsprechender Ergänzung für die besonderen Aufgaben des neunten Schuljahres seine Durchführung als selbständige Einrichtung ermöglichen. In Gemeinden mit ungliedertem Volksschulwesen und mit noch ungenügend gegliedertem Berufsschulwesen, in denen der Berufsschulunterricht größtenteils durch Volksschullehrer im Nebenamt erteilt wird, müßten Lehrkräfte durch besondere Kurse für die neuen Aufgaben geschult werden.

Die Einführung des neunten Schuljahres läßt die gleichzeitige Schaffung eines Reichsberufsschulgesetzes erwünscht erscheinen. Die Durchführung des neunten Schuljahres darf aber mangels reichsrechtlicher Bestimmungen nicht behindert werden. Es sollte vielmehr, wenn ein Land die Regelung erstrebt, durch entsprechende Reichsbeihilfen die Lösung erleichtert werden.

Die Zielsetzung für das neunte Schuljahr.

- 1. Berufsfindung und Berufsvorbereitung durch praktische Arbeit,
2. Wirtschafts- und Gesellschaftskunde,
3. Ausdruckspflege,
4. Gesundheitspflege.

1. Berufsfindung und Berufsvorbereitung durch praktische Arbeit.

Die praktische Arbeit im neunten Schuljahr soll der Berufspraxis entsprechen, d. h. sie muß werktätig und büromäßig

Literatur zur Krise.

Eine ganz ausgezeichnete Arbeit auf diesem Gebiet stellt eine kleine Schrift (30 Seiten) von Professor Dr. Herberg dar:

Krisenablauf einst und jetzt.

Sie erschien in Carl Heymanns Verlag in Berlin, kostet 1 Mark und ist als außerordentlich lehrreich und klar nur zu empfehlen.

Herberg zeigt, wie früher von außen in die Wirtschaft einbrechende Krisen (Krieg, Mißernte) durch andere Formen der Krise abgelöst wurden. In der kapitalistischen Frühperiode sehen wir Krisen als Folgen von Fehlspekulationen, später durch Standortverlegung und neue Fabrikationsmethoden. Seit der ersten Weltkrise von 1857 wiederholen sich aber in ziemlich regelmäßigen Zeitabständen Krisen, die zum Teil auf verfehlter Spekulation beruhen, im wesentlichen aber in falscher Konstruktion des kapitalistischen Systems ihren Grund hatten. Krisen im engeren Sinne zeigten immer dieselben Merkmale: rasche Ausdehnung der Produktion, Krise in Produktionsmittelindustrien, scharfer Preisrückgang, Lohnrückgang, Bankrotte, neuer Aufstiegs liegt eine Fehlleitung vor, die sich aus dem ganzen Aufbau des kapitalistischen Industriesystems erklärt. Das Einkommen, das zum Produktionsmittelaufwand verwandt wird, wächst rascher als der Teil, der dem Kauf von Verbrauchsgütern dient. Die Erweiterung dieses Abstandes muß zur Stöckung führen. Preisentfaltung führt zur Krisenüberwindung nur bzw. nur soweit, als sie nicht auf Kosten des Verbrauchseinkommens geschieht. Sie muß statt dieses Einkommens den Gewinn treffen. Für die Tatsache, daß frühere Krisen die Erscheinung haben: Stärkung des Verbrauchseinkommens, führt Herberg Zahlen und Schaubilder an. Gegen das Argument, durch Lohnherabsetzung zu Preisentfaltungen zu kommen und damit fremde Ware vom Markt zu verdrängen, führt Herberg an, daß das Ausland nur etwa ein Fünftel der deutschen Produktion aufnimmt, fremde Waren nur ein Siebentel des deutschen Verbrauchs ausmachen, während eine allgemeine Lohnsenkung zwei Drittel aller deutschen Erwerbstätigen betrifft. Es ist somit schwer denkbar, daß sich ein in die Weltwirtschaft eng verflochtenes Land mit dem Mittel der Lohnsenkung aus der Weltkrise sollte herauslösen können, da die Anwendung dieses Mittels vom Standpunkt der gesamten Welt stets eine Einengung des Verbrauchsgütermarktes bringen würde. Früher spielte bei Überwindung der Krise die Erleichterung neuer Märkte oft eine Rolle. Dies Mittel ist auch heute noch nicht völlig erschöpft, aber es bereitet neue Stöckungen größeren Umfanges vor und engt die Möglichkeiten des Ausweichens immer mehr ein. Es fragt sich also, ob diese Weltkrise so besonderen Charakter zeigt, daß sie nicht mit den alten Maßnahmen zu messen ist.

Ein Unterschied gegen früher ist, daß die jetzige Krise der Industrie von 1929 mit einer Agrarkrise ganz außergewöhnlichen Ausmaßes zusammenfällt. Die Agrarkrise der 70er Jahre entstand, weil amerikanisches Neuland die Welt mit billigem Getreide überschwemmte. Heute spielt die Maschine in

der Landwirtschaft und die verbesserte Bebauungstechnik eine ähnliche Rolle. Die Weizenvorräte in England und Uebersee betragen 1925: 3,6, 1930: 10,3 Mill. To. Der Weizenpreis sank in London von 321 M. in 1925 auf 118 M. in 1930. Die Kaffeenvorräte stiegen von 391 000 To. in 1925 auf 15,6 Mill. To. in 1930; der Preis ging von 2379 M. auf 983 M. in 1930 zurück. Kautschuk sank von 9503 M. in 1925 auf 751 M. in 1930. Auch bei dieser Agrarkrise handelt es sich zum Teil um eine Fehlspekulation: die Produktion wurde unter Einfaktulation der alten Preise zu sehr ausgedehnt, ohne Rücksicht darauf, daß der Markt die steigenden Warenmassen nur zu sinkenden Preisen aufnehmen konnte.

Die Weltagrarkrise bedeutete für die deutsche Landwirtschaft einen schweren Schlag, die „Hilfe“ für die Landwirtschaft (im 1. Vierteljahr 1931 Zahlung einer produktiven Erwerbslosenunterstützung an den deutschen Weizenproduzenten von 150 bis 250) Mark je Tonne Weizen; andere große Zuschüsse) bedeutet eine arge Verelendung der deutschen Industrie. Arbeitslosigkeit gab es auch in früheren Krisen, in Industrienzentren oft in großem Umfang, aber es waren doch nur Inseln der Arbeitslosigkeit in der Wirtschaft, während heute die Arbeitslosigkeit das Gefüge der ganzen Wirtschaft bedroht. Die Maschine, die Rationalisierung sind nicht allein Ursachen unserer Arbeitslosigkeit. Der Siegeszug der Maschine dauert schon lange und doch konnte die Industrie den ungeheuren Mengenzuwachs aufnehmen. Auch in Deutschland ist in der Zeit der Rationalisierung bei zunehmender Arbeitslosigkeit die Zahl der Beschäftigten noch gestiegen. Der Zustrom neuer männlicher und weiblicher Arbeitskräfte war auch in Deutschland außerordentlich stark. Ein Teil der Stöckung ist deshalb Folge der Sterblichkeitsminderung und des früheren Geburtenüberschusses. Vielleicht bedeutet das Aufhören dieses Zustroms in den nächsten Jahren die Rettung für das kapitalistische System.

Die Preispolitik in Deutschland hat zur Verschärfung der Krise außerordentlich beigetragen. Ueber die gewaltigen Unterschiede zwischen Auslands- und Inlandspreisen gibt Herberg aufschlußreiche Zahlen. Kartellpolitik, Agrarschutzmaßnahmen verstopfen den Ausweg aus der Krise.

Lohnsenkungen sind ungeeignete Mittel zur Krisenbehebung. Der deutsche Lohnstand steht trotz Reparations- und Sozialbelastung noch tiefer als vor dem Kriege unter dem Stand in England und nordischen Ländern. Leider schließt Herberg seine Arbeit mit Fragen, ob dies System unabänderlich sei oder ob es erst in dumpfem Zorn der Betroffenen zerfallen werden müsse. Man würde gern von ihm auch Überlegungen darüber hören, wie organische Veränderungen, die naturnotwendig sind, gefördert werden können.

Wenn auch nicht direkt Literatur, so doch wertvolles Material zu dieser Frage bietet Otto Bauer:

Rationalisierung — Fehlrationalisierung.

Als erster Band eines Werkes: „Kapitalismus und Sozialismus nach dem Weltkrieg“ erschien im Verlag der Wiener Volksbuch-

handlung dieses Wert. Es enthält wertvolles Zahlenmaterial über die technische Rationalisierung. Europäische wie amerikanische Industrie und Landwirtschaft mit ihrer rapiden technischen Entwicklung werden dargestellt, die Umwälzungen in der Kraft- und Wärmewirtschaft, durch Dampferzeugung und Fließarbeit, Betriebs- und Büroorganisation, Normung und Typisierung, Intensivierung der Arbeit usw. plastisch vorgeführt. Was Bauer über das Wesen der Rationalisierung, den Gegensatz zwischen technischer Rationalisierung (höchst möglicher Profit der Unternehmung) und gesellschaftlicher Rationalisierung (höchstmögliche Wirtschaftlichkeit der Gesamtwirtschaft) sagt, ist vortrefflich.

Das Kapitel über die Fehlrationalisierung erfordert zu seinem Verständnis Vorkenntnisse oder ernstes Durcharbeiten, bringt aber sehr interessantes Material. Erwähnt ist u. a. das bekannte Beispiel aus unserer Schwerindustrie: Umbau eines kleinen Hüttenwerkes mit drei Hochöfen, Verringerung der Arbeiterzahl von 120 auf 10; Bohnerparnis 440 000 M., Umbaukosten 2,8 Millionen, die mit 15 Prozent Verzinsung und Amortisation die Ersparnisse wieder aufzehren. Die Ersparnis von 20 000 M. jährlich für den Betrieb setzt sich hier selbstverständlich in großen allgemeinwirtschaftlichen Verlust um durch die Kosten für die Arbeitslosigkeit von 110 Arbeitern! Auch sonst stehen dem Nutzen des Unternehmers durch Rationalisierung große allgemeinwirtschaftliche, gesellschaftliche Verluste gegenüber: Leistungsenkung durch erhöhte Ausbeutung, Ausschaltung älterer Arbeiter, Zunahme von Nervenkrankheiten usw. Den Unternehmer interessiert die Stundenleistung des Arbeiters, die Gesellschaft dagegen seine Lebensleistung. Wie die verschleierten Fehlrationalisierung im kapitalistischen System, im Lohnsystem usw. begründet ist, zeigt Bauer in interessanter Weise.

Auch was Bauer über den Sowjet-Fünfjahresplan sagt, ist sehr lesenswert. Bauer schließt den Band mit den Worten:

„Die Rationalisierung hat alle inneren Widersprüche des Kapitalismus entfaltet und verschärft. Sie hat in wenigen Jahren eine beispiellos schnelle Umwälzung der Technik, der Arbeitsverfahren, der Wirtschaftsmethoden durchgeführt. Aber dieser gewaltige technische Fortschritt — er endet in der schwersten, ausgedehntesten Wirtschaftskrise. Die riesenhafte Steigerung der Produktivität der Arbeit hat unerhört große Massen der industriellen Arbeiterchaft in das Elend der Arbeitslosigkeit, sie hat die ganze Landwirtschaft der Welt in die schwerste Krise gestürzt. Die niedrige Lebenshaltung der Volksmassen steht in schreiendem Widerspruch zu der aufs höchste gesteigerten Produktivität ihrer Arbeit. Diese Erfahrung ruft die Zustimmung der Massen gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem hervor. Die Rationalisierung der Betriebe fordert die Rationalisierung der Gesellschaftsordnung, die die methodische Anwendung der Wissenschaft zur Steigerung der Produktivität der Arbeit verwandeln soll aus einer Ursache der Wirtschaftskrisen und der Arbeitslosigkeit in das Mittel, den Wohlstand aller zu heben und die Arbeitsbürde aller zu erleichtern. Die Rationalisierung der Gesellschaftsordnung kann nur errungen werden im Klassenkampf der Arbeiterklasse gegen die Kapitalistenklasse. Aber ob und wann, auf welchen

sein und sich entschieden von jedem Dilettantismus fernhalten. In Verbindung mit der praktischen Arbeit und aus ihr sich sachgemäß ergebend sind fachkundliche Unterweisungen durchzuführen. Einfache zeichnerische und kalkulatorische Übungen, sofern sie sich aus der Arbeit ergeben, sind zu pflegen. Der gesamte Betrieb darf sich nur auf einfachste Arbeiten und Werkstücke erstrecken. Die Schüler sollen in diesem Jahre eine angemessene Gewandtheit und Handfertigkeit erreichen, mit Arbeitsmitteln und Arbeitsstoff vertraut werden und an ihrer Arbeit Schaffensfreude erleben. Damit dient das neunte Schuljahr der Berufsvorbereitung und schafft sachlich die Voraussetzung für eine Verkürzung der Lehrzeit.

Für die Durchführung der praktischen Arbeit wären entsprechende Lehrstätten, Werkstätten und Arbeitsräume etwa für folgende Gruppen einzurichten:

- Technische Gruppe: Metall, Holz, Leder, Papier, Textilien u. a., Gruppe für Lebensmittelherstellung und Lebensmittelverförgung sowie Hauswirtschaft (Küchen-, Serviermaschinen usw.).
- Gruppe für Handel und Verkehr und kaufmännische Berufe (Büros, Verkauf-, Dekorationsräume usw.).
- Kunstgewerbliche Gruppe (Arbeitsstätten zum Zeichnen, Malen, für kunstgewerbliche Sonderabteilungen usw.).
- Landwirtschaftliche und gärtnerische Gruppe (Schulgärten usw.).

Diese Gruppierungen entsprechen in großen Zügen den hauptsächlichsten Berufseinrichtungen, soweit sie in diesem Schuljahr bereits arbeitsmäßig vorbereitet werden können. Die praktische Ausgestaltung könnte sich dann sowohl nach Richtung wie nach Differenzierung im wesentlichen den örtlichen Verhältnissen anpassen. Die Schüler(innen) sollen nach Neigung und Begabung die entsprechenden Gruppen wählen. Uebergang von einer Gruppe zur anderen muß möglich sein. Enge Zusammenarbeit zwischen Schule und Berufsberatung ist unbedingt erforderlich.

2. Wirtschaft- und Gesellschaftskunde.

Hauptzweck des Unterrichts muß sein: Einführung in die vom Lebenskreis der Jugendlichen aus wichtigen und bedeutungsvollen wirtschaftlichen, öffentlichen und allgemeinen gesellschaftlichen Einrichtungen. Praktische Übungen, vor allem aus dem Gebiete des eigenen Lebens und des Lebens der Schulgemeinschaft, praktischer Verkehr mit Behörden, wie Jugendamt, Schulverwaltung, Eisenbahn, Verkehrsverwaltung usw., praktisch durchgeführte Selbstverwaltung der Schulbedürfnisse, Wahl von Vertrauensschulern für die Erledigung einzelner geschäftlicher, technischer und anderer praktischer Aufgaben. Der Unterricht muß den praktischen Bedürfnissen folgen und der Verantwortungsfähigkeit der Jugendlichen angepaßt sein.

Der Unterricht hat das Ziel, die Jugendlichen mit der heimatischen Umgebung, den öffentlich-rechtlichen Einrichtungen und

den wirtschaftlichen und politischen Organisationen vertraut zu machen.

3. Ausdruckspflege.

Pflege des mündlichen und schriftlichen Ausdrucks durch Stoff aus der praktischen Lebens- und Schulgemeinschaft. Führung von Protokollen, schriftliche und mündliche Berichterstattung, Korrespondenz aller Art, Schulzeitung, Zeichnen, Malen, Modellieren zur Übung der Form- und Raumvorstellung, Schriftpflege, Schmuckdruck, Schmuckform, Raumverteilung, Perspektive, graphische Darstellung, Reklame, Ausschmückung. Die Auswahl richtet sich nach Neigung und Fähigkeiten.

Der mündliche und schriftliche Gebrauch der Sprache ist in den Vordergrund zu stellen; Väden sind unbedingt auszugleichen.

Gesellschafts-, Gemeinschafts- und Festgestaltung (Laternenbühne, gelegentliche wahlfreie Literatur- und Kunstbeiträge), gefangliche und musikalische Betätigung, Sprech- und Bewegungsspiele sind nach Möglichkeit zu pflegen.

4. Gesundheitspflege.

Der Unterricht soll der Pflege der gesunden Entwicklung der Jugendlichen und ihrer Bedeutung für die Gesellschaft dienen. Dazu gehören Gesundheitsübungen und Gesundheitslehre. Die Sauberhaltung des Körpers, der Kleidung, der Arbeitsräume, des Arbeitsmaterials wie der sonstigen von dem einzelnen Jugendlichen abhängigen Umgebung muß zur dauernden selbstverständlichen Gewöhnung werden. Die mannigfaltigen Formen des Sports (Turnen, Schwimmen, Gymnastik usw.) müssen ständig geübt und durch längere und kürzere Wanderungen ergänzt werden. Praktische Beeinflussung der Ernährung und Kleidung, Gewöhnen zu sozialhygienischem Verhalten in geschlossenen Räumen (Wohn-, Arbeits- und Versammlungsräumen), auf der Straße, in den Verkehrseinrichtungen, bei Wanderungen usw.

Im Zusammenhang mit diesen praktischen Übungen, die je nach Interesse und Bedarf gelegentlich oder systematisch erfolgen, ist die Aufklärung über gesundheitliche Fragen, namentlich der Entwicklungsjahre einzuschalten. Dabei ist Wert zu legen auf die sichere und anschauliche Kenntnis von Krankheiten, soweit sie in ihren gesellschaftlichen Ursachen und Auswirkungen für die Jugendlichen praktisch von Bedeutung ist.

Die Unterrichtszeit dauert täglich fünf Stunden, wovon der größte Teil der praktischen Arbeit gewidmet ist. Ein Wochentag ist abwechselnd als Wander-, Arbeits- oder Studententag vorzuziehen. Der Unterricht ist lebendig in Form der Arbeitgemeinschaft zu gestalten. Moderne Anschauungsmittel (Besichtigungen, Lichtbildvorträge und anderes) sind zu verwenden.

7. Konferenz der Gewerkschaftsredakteure.

Im Frühjahr 1929 wurde als eine Einrichtung des DGB der Fachauschuß für die Gewerkschaftspressen geschaffen. Ihm gehörte nicht nur die Vertretung der gewerkschaftlichen Arbeiterpresse an, sondern auch der AFD- und der Allgemeine Deutsche Beamtenbund wurden mit erfasst. Dem Ausschuß wurden als Aufgaben zugewiesen, der freien deutschen Gewerkschaftspressen mit ihren 7 Millionen Lesern in der Öffentlichkeit, Freund und Feind sowie den Behörden gegenüber das Ansehen zu verschaffen, welches der Bedeutung dieser Großmacht entspricht. Die Förderung des technischen und inhaltlichen Ausbaues der Gewerkschaftspressen war eine weitere Aufgabe.

In einer Konferenz der Gewerkschaftsredakteure, die am 21. und 22. April d. J. in Berlin stattfand, gab der Vorsitzende des Fachauschusses, Kollege Scheffler, den Bericht über die Arbeit der beiden letzten Jahre. Wenn diese Arbeit auch nur ein Anfang war, so hat sie doch bemerkenswerte Erfolge gezeitigt. Das äußere Bild unserer Gewerkschaftsblätter

hat sich vorteilhaft geändert, wobei Ratschläge des Fachauschusses und Ergebnisse der bisher abgehaltenen Redakteurkonferenzen nicht ohne Einfluß waren. Bei den Behörden waren unsere Gewerkschaftsblätter im allgemeinen wenig bekannt, die Kenntnis beschränkte sich gewöhnlich auf die „Gewerkschaftszeitung“ und einige die betreffenden Behörden interessierende Fachblätter. Hier wurden Fortschritte erzielt. Der Verkehr mit dem Reichsarbeitsministerium wurde unter Wiffell angebahnt, kam aber unter Stegerwald nicht weiter. Das war zunächst wohl dem Umstand zuzuschreiben, daß christliche und Hirsch-Dunckersche Gewerkschaftsblätter über keine Zusammenfassung ihrer Presse verfügten. Dann unterbrach die Reichstagswahl und dringende Arbeit der folgenden Monate das Vorwärtkommen in dieser Frage. Nachdem nun die anderen Organisationen sich ähnliche Einrichtungen geschaffen haben, ist anzunehmen, daß das neutrale Gewissen des Reichsarbeitsministeriums beruhigt ist und es den Wünschen unseres Fachauschusses nach Informationen usw. nachzukommen bereit ist. Bei der

Bewegen und mit welchen Mitteln die Arbeiterklasse die Rationalisierung der Gesellschaftsordnung durchzuführen vermögen wird, wird abhängen einerseits von dem Gelingen des sozialistischen Aufbaues in der Sowjetunion, andererseits von der Behauptung der Demokratie in Europa.

Von der Marxistischen Büchergemeinde, Berlin-Brig, Postfach 27, wurde als erster Band ihrer Sammlung herausgegeben:

Die Krise des Kapitalismus und die Aufgaben der Arbeiterklasse.

(4,75 M. im Buchhandel, für Mitglieder 3 M., zahlbar im Monatsbeitrag à 1 M.).

Mitarbeiter dieses Buches sind: Universitätsprofessor Max Adler; C. Graf, M. d. R.; Franz Petrich; Max Sendewitz, M. d. R.; Ed. Wederer. Das Buch behandelt die so drängenden Fragen der wirtschaftlichen Krise und Arbeitslosigkeit und die Aufgaben, die aus der Notwendigkeit der Ueberwindung der Krise und der Arbeitslosigkeit dem Proletariat erwachsen, vom Standpunkt linker Sozialdemokraten.

Graf schildert die Veränderungen der Wirtschaftsstruktur durch Krieg und Technik. Wederer sucht nachzuweisen, daß es sich bei der gegenwärtigen Krise um die Krise des Kapitalismus schlechthin handelt, eine Auffassung, die bekanntlich auch von Sozialisten lebhaft bestritten wird. Die beiden ersten Teile haben übrigens reiches Zahlenmaterial zur Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft. Sendewitz polemisiert gegen die Politik der Sozialdemokratie, die dem Kapitalismus als Schutzschild diene und die durch die Krise entworfenen Massen nicht automatisch gegen den Kapitalismus mobilisiere, sondern vielmehr gegen die Sozialdemokratie. Sendewitz hat kein Verständnis dafür, daß die Erhaltung des Kampfbodens, wie ihn die Republik und ihr sozialer Inhalt darstellt, erstes Erfordernis sozialistischer Politik sein muß. Auch das, was er den Massen als Rettung aus trostloser Situation erscheinen lassen will: Beteiligung der Schaffenden an den Früchten der Rationalisierung, Kürzung der Arbeitszeit, Erhaltung und Erhöhung des Reallohnes, radikale Beseitigung der Zölle, ist ja nur möglich, wenn wir den Kampfboden, wie wir ihn in der Republik haben, behalten.

Max Adler gibt im fünften Teil eine leidenschaftliche Anklage gegen den Kapitalismus und ein Bekenntnis zur sozialen Revolution. In einem Anhang setzt sich Petrich noch mit den Theorien über die Wirtschaftskrisen auseinander. Ein Fremdwörterverzeichnis beschließt das Buch.

Eine kleine Schrift von Max Weber:

Fragen der Rationalisierung.

48 Seiten, Preis 70 Pf. ist im Verlag der Genossenschaftsbuchhandlung in Zürich erschienen. Die vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund herausgegebene Schrift behandelt zunächst die geschichtliche Entwicklung und die wirtschaftliche Bedeutung der

Rationalisierung. Eingehend erörtert der Verfasser auch die wirtschaftlichen Folgen, ganz besonders vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus. Im einzelnen werden dann die Hauptformen der Rationalisierung besprochen. Zum Schluß werden die Forderungen, welche die Gewerkschaftsbewegung ziehen muß, sowie die Forderungen, die sie aufzustellen hat, herausgeschält.

Arbeiterorganisationen erhalten die Schrift zum ermäßigten Organisationspreis bei Bezug von mindestens 10 Exemplaren, jedoch nur direkt vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund, Bern.

Die deutsche Kaliindustrie.

Weltbedeutung und Entwicklungstendenzen der deutschen Kaliindustrie. Aufbau, Entwicklung, Werke, Statistik und Finanzen der Kalikonzerne und ihrer Tochtergesellschaften. Sonderausgabe des Spezial-Archivs der Deutschen Wirtschaft (Verlag R. und H. Hoppenstedt, Berlin S.W. 19). 1930, 94 Seiten Großlexikonformat. Preis 6 M.

Die deutsche Eisen- und Stahlindustrie 1930.

(Die deutsche und die französische Eisen- und Stahlindustrie). — Aufbau, Entwicklung, Werke, Statistik, Finanzen der großen Konzerne: Vereinigte Stahlwerke AG., Friedrich Krupp AG., Gutehoffnungshütte Oberhausen AG., Eisen- und Stahlwerk Hoersch AG., Kärntner-Werke AG., Mannesmann-Röhrenwerke AG., Mitteldeutsche Stahlwerke AG., Vereinigte Oberschlesische Hüttenwerke AG. einschließlich einer Untersuchung der acht größten französischen Eisenhüttenunternehmen.

Erschienen im Spezial-Archiv der Deutschen Wirtschaft (Verlag R. und H. Hoppenstedt, Berlin S.W. 19), Großlexikonformat 128 Seiten mit sechs graphischen Darstellungen, zahlreichen Zahlentafeln und zwanzig Abbildungen. Preis 6 M.

Diese beiden Veröffentlichungen, anschließend an andere wertvolle Schriften des Verlags, sind ganz ausgereicht. Die Darstellung über die Kaliindustrie erstreckt sich auf sämtliche Gesellschaften, gibt alle die Einzelheiten, die notwendig sind, um sich eine Vorstellung von den einzelnen Betrieben zu machen und ein Urteil über das Gesamtunternehmen zu fällen. Sowohl die Gesellschaften, die der Öffentlichkeit teilweise schon durch deren Aktiennotiz an deutschen Börsen bekannt sind (u. a. Salzdetfurth, Alfersleben, Westeregeln, Burbach, Kali-Chemie, Wintershall usw.) als auch weniger bekannte, wie z. B. die Deutschen Solvay-Werke, die Preußag usw. sind einer ausführlichen Untersuchung unterworfen worden. Die Angaben über finanzielle und kommerzielle Entwicklung der einzelnen Gesellschaften seit der Vorkriegszeit bis heute sind für den Bankier, den Aktionär, den Volkswirtschaftler, kurz für jeden an der Wirtschaft überhaupt Interessierten wertvoll. Restlose Auskünfte erteilt die Arbeit über die Beteiligungen, Anlagen, Kapazität, Produktion usw. Das Buch kann jedem, der mit kaliumwirtschaftlichen Fragen zu tun hat, bestens empfohlen werden.

Dasselbe ist zu sagen von der Darstellung über die Eisen- und Stahlindustrie.

Reichspressestelle fand der Fachauschuß Entgegenkommen, ihre Informationen sind aber nur zum Teil für die Gewerkschaftspressen wertvoll.

Das Verhältnis der Redaktionen zum Bundesvorstand des DGB war ein sehr gutes, gegenseitigen Wünschen wurde nach Möglichkeit Rechnung getragen. Von den Wünschen der Redakteure wären zu nennen: ausreichende Information, Einladungen der Redakteure zu wichtigen Sitzungen des Bundesvorstandes sowie zum Gewerkschaftstongreß. Im großen ganzen wurde diesen Wünschen Rechnung getragen, an wichtigen Sitzungen des Bundesvorstandes nahmen die Redakteure teil. Der Bundesvorstand wünschte rasche und möglichst ausführliche Wiedergabe der Mitteilungen des Bundesvorstandes über seine Berichte und Aktionen. In vielen Fragen der Redaktionsführung, des Zeitungsinhaltes, des Zeitungsverstandes usw. nahmen Fachauschuß und Redakteurkonferenzen verschiedenlich, sicherlich nicht ohne Erfolg Stellung.

Die Zahl der Gewerkschaftsblätter beträgt 77. Davon sind 33 Hauptblätter der Verbände, 12 wirtschaftliche oder ähnliche Zeitschriften und 16 Jugendblätter. Vorhanden sind 49 hauptamtliche Redakteure, (32 arbeiten nebenamtlich), 65 Redakteure wohnen in Berlin, 16 außerhalb.

In der lebhaften Debatte über den Ausschussbericht wurden die verschiedensten Wünsche vorgetragen und Anregungen gegeben. Anwesende Vertreter des Bundesvorstandes beteiligten sich an der Debatte. Ueber die weitere technische und inhaltliche Ausgestaltung der Gewerkschaftsblätter wurde manches Zutreffende gesagt. Allseitig wurde als Aufgabe gestellt: das Gewerkschaftsblatt soll Sprachrohr der Berufsgenossen sein. Es soll sich als solches Wirkung in der Öffentlichkeit verschaffen, dabei aber nicht verfäulen, immer mehr auch Familienblatt zu werden.

Mit dem Verhältnis zum „Verein Arbeiterpresse“ befaßigte sich die Konferenz nach informativem Ausführungen der Kollegen Robert Schmidt und Franz Klüß eingehend. Eine organisatorische Verbindung kommt nicht in Frage. Das bestehende freundschaftlich-nachbarliche Verhältnis und die Zusammenarbeit in geeigneten Fällen wurde für selbstverständlich gehalten.

Nach der Wiederwahl des bisherigen Fachauschusses folgte am zweiten Tage ein interessanter Vortrag des Herrn Schäfer vom Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit (RKW.), auf den wir später eingehen werden. Nachmittags folgten die Kollegen einer Einladung der Lindcar-Werke zur Besichtigung ihrer Fahrradfabrik in Rietzenrade. Auch darüber werden wir besonders berichten.

Das Haus des Deutschen Metallarbeiterverbandes, in dem die Konferenz stattfand, ist ein Musterbau. Praktisch, solide und schön erscheinen alle Teile des gewaltigen Baues. Nirgends überflüssiger Zierat und doch prächtige Gesamtwirkung, hervorwachend aus der Zweckbestimmung. Eine der größten, modernsten Rotationsmaschinen der Welt, der das Papier aus einer Kelleranlage zugeführt wird, druckt das Verbandsblatt. Modernste Buchbinderei und andere technische Anlagen, Kantine und Badeanlagen zeugen für den Geist, der dies Werk schuf. Die Bibliothek von 30 000 Bänden fand Unterkunft in Räumen, die auf erheblichen Zuwachs berechnet sind, das Archiv ist musterhaft organisiert. Die Arbeitsräume für die Verwaltung sind ohne Ausnahme geräumig, luftig, die Sitzungsäle in ihrer Einfachheit mit praktischer indirekter Beleuchtung eine Sehenswürdigkeit. Die größte Arbeiterorganisation der Welt darf auf diese Schaffung stolz sein!

Kameraden, denkt an die Werbearbeit!

Trotz der starken Entwicklung jüngerer Industrien liegt der Schwerpunkt der industriellen Entwicklung noch immer bei der Eisen- und Stahlindustrie. In den Vereinigten Staaten gilt der Auftragsbestand der U. S. Steel Comp. als Konjunkturbarometer, und auch in Deutschland werden die vierteljährlichen Berichte der Vereinigten Stahlwerke AG. ähnlich bewertet. Die großen Eisen- und Stahlkonzerne stellen immer noch die größten Einheiten der deutschen Volkswirtschaft dar. Das vorliegende Buch vermittelt ein anschauliches Bild dieser gewaltigen Unternehmungen. Die Vereinigten Stahlwerke, auf die rund 23 Prozent der Ruhrkohlenförderung, 30 Prozent der Zementproduktion und 44 Prozent der gesamten deutschen Eisen- und Stahlausfuhr entfallen, ragen unter ihnen als mächtigstes Glied hervor. Als besonders interessant verzeichnen wir folgende weniger bekannte Tatsachen: Die Gesellschaft verfügt über 140 Stromerzeugungsanlagen mit einer installierten Leistung von 524 000 Kilowatt, womit sie zugleich eine der größten Elektrizitätsunternehmungen Deutschlands ist; sie ist ferner mit einer Erzeugung von 3,6 Milliarden Kubikmeter Kokseregas der größte deutsche Gasproduzent; ihre zehn werkseigenen Häfen verzeichneten 1928-29 einen Umschlag von über 13 Mill. T. In ausführlichster Form und großer Uebersichtlichkeit werden sämtliche Betriebsanlagen und ebenso die zahlreichen Beteiligungen und Tochtergesellschaften beschrieben, vielseitige Produktionsangaben für die letzten vier Jahre gemacht, die Beteiligungsquoten beim Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikat und den verschiedenen Eisen- und Stahlverbänden für die letzten Jahre mitgeteilt, anschließend darauf folgen die ins einzelne aufgegliederten Erfolgsergebnisse und Bilanztabellen. In der gleichen umfassenden Art werden auch die anderen großen Eisen- und Stahlkonzerne behandelt: Friedr. Krupp AG., Gutehoffnungshütte Oberhausen, Hoersch, Kärntner-Werke, Mannesmann-Röhrenwerke, Mitteldeutsche Stahlwerke und Vereinigte Oberschlesische Hüttenwerke, wobei durchweg wozu bei den Vereinigten Stahlwerken auch die zahlreichen Beteiligungen sehr ausführlich dargestellt werden.

Es war ein guter Gedanke des Verlages, dieser Darstellung eine einleitende Arbeit, verfaßt von Adolf Stengel (Düsseldorf), vorauszuschicken, die nicht nur die Entwicklungstendenzen der deutschen Eisen- und Stahlindustrie zusammenfaßt, sondern sich gleichzeitig auch mit der französischen Eisenindustrie beschäftigt, deren wichtigste Unternehmen (die acht Konzerne Chatillon-Commentry, Demin & Anzin, Longwy, Mariner & Homecourt, Michewille, Nord & Est, Schneider-Creusot und Senelle-Maubeuge) beschreibt und so einen Vergleich dieser beiden größten Teile der Eisen- und Stahlindustrie Europas ermöglicht. Eine anschauliche Gegenüberstellung wird durch eine Reihe graphischer Darstellungen vermittelt, wo für acht französische und vier deutsche Unternehmen die Anlagen-, Beteiligungs-, Kapital-, Börsenwerte usw. sowohl in der Vor- wie in der Nachkriegszeit verzeichnet sind.

Für den praktischen wie für den wissenschaftlichen Bedarf bedeutet das Buch eine einzigartige Materialquelle, wie sie bisher noch nicht vorhanden gewesen ist. Für jeden, der sich über die Bedeutung und die Ausichten der deutschen Eisen- und Stahlindustrie ein Urteil bilden will, wird diese Darstellung unentbehrlich sein.

HAUS UND LEBEN

In's Leben hinein!

Feierlich und würdig, mit tiefer Inbrunst, spielt die Musik den Pilgerchor aus „Lannhäuser“. Es ist still in dem festlich geschmückten Saal. Dichtgedrängt sitzen Männer und Frauen hinter den schulentragenden Burschen und Mädchen. Manche Träne wird verstoßen aus dem Auge gewischt, mancher Gedanke wandert Jahrzehnte zurück, als Vater oder Mutter selbst ins Leben hineingingen. Nun sind Jahre dahin. Mancher Sturm, mancher Kampf liegt hinter ihnen. Vor ihnen liegt die Jugend. Junge, werdende Menschenkinder, deren Seelen kaum erst das traumhafte Kinderland verlassen haben und nun vor dem gewaltigen, schleierhaften Tor stehen, hinter dem das Leben liegt, mit allen Höhen und Tiefen, mit aller Lust und Pein.

Die letzten Töne der Musik fliehen durch die offenen Fenster, durch die helles Sonnengefunkel fällt. Vogelgesang löst in den Saal und wirkt aufheiternd zwischen der ernsten Stimmung. Bald ist die Feier beendet. Mit guten Ermahnungen schicken Lehrer und Eltern die Kinder in das Leben.

Unter den Schulentragenden ist auch Hans Höfer, ein kluger, aufmerksamer und fleißiger Junge. Hans ist der Älteste von vier Kindern zu Haus. Sein Vater ist Bergmann. Seit Monaten aber ohne Arbeit. Hans sollte ein Handwerk erlernen. Leider war es dem Vater nicht möglich, eine Lehrstelle für ihn zu finden. Schwere Herzens entschloß sich nun Hans, auf die Zehre zu gehen. Nach vielen Laufen von Zehre zu Zehre gelang es endlich, eine Arbeitsstelle zu finden.

Am Morgen seines ersten Arbeitstages geht er, wie viele andere, sein Arbeitszeug unter den Arm gequetscht, die Kaffeeflasche in der Tasche, seinem neuen Leben entgegen. Er ist voller Erwartung. Das Leben beginnt. Jetzt verdiene ich Geld und kann den Eltern helfen. Auch gibt es ein paar Pfennige Taschengeld. Dafür kaufe ich mir gute Bücher. Das sind seine Gedanken. Aufmerksam betrachtet er die Kameraden, die schweren Schritten durch die Straßen wandern. Kurz vor dem Zehreingang kommt ihm ein Krankenauto entgegen. Irgend- ein Kumpel ist verunglückt. Hans überkommen sonderbare Gedanken, ihn fröstelt. Deutlicher malen sich nun in ihm die Vorstellungen über seinen kommenden Beruf. Doch was nützt es. Es geht nicht anders. Er wird schon mit seiner Aufgabe fertig werden. Frohen Mutes schreitet er durch das Zehrentor.

Hans kommt an das Lebensrad. Neben ihm stehen die Kameraden, junge und alte. Raum ist die Seilfahrt beendet, so brummen die Motore, klatschen die Riemen der Transmissionen, quieschen die Behälterwerke. Dampf poltern die gestützten Kohlen. Die Kohlen rutschen gleichmäßig auf dem Band. Schwarze, zertrakte und gekrümmte Hände wühlen in ihnen. Die Steine werden abgefordert und in die Streifenkästen geworfen. Hans arbeitet hart mit seinen schmalen Händen. Oft entgleitet ihm ein Stein. Seine jungen Kameraden, die schon länger hier sind, lachen ihn aus, spötteln über ihn und machen dumme Bemerkungen. Hans ist selbstbewußt. Die Spötteleien prallen an ihm ab. Sobald der Aufseher erscheint, ist alles ruhig. Hans sieht, wie die Kohlenstücke glitzern und funkeln. Sonderbar, ungewohnt sind alle Eindrücke. Der Lärm und Staub befangen Körper und Seele, drücken dumpf auf sein Gemüt. Mancher schöner Traum vom Bergmannsberuf entflieht schon am ersten Tage. Das laufende Band mit den Kohlen läßt Hans keine Zeit zum Denken. Hans, der junge werdende Mensch, ist nur noch ein Mädchen in dem großen, summenden Räderwerk. In der Mittagspause gesellt sich zu Hans ein Bursche. Er spricht mit Hans über allerlei Dinge. Auch vom Verband ist die Rede. Hans hört aufmerksam zu. Ihm gefällt die Sache. Der Bursche bittet ihn, doch mal in die Zusammenkunft der Bergbaujugend zu kommen. Hans ist nicht abgeneigt und verspricht dem Burschen, zu kommen. Die Sirene heult auf. Wieder beginnt die Arbeit. Hans fühlt sich jetzt schon heimischer. Nach der Schicht geht Hans müde heim. Tag an Tag der grauen Pflicht reißt sich jetzt in seinem Leben, fordert seine jungen Kräfte. Hans hat sich eingereiht in die Schar der Kämpfer. Die Gewerkschaftsidee ist sein Leitstern geworden, der gläubig und verheißend in die grauen, eintönigen Tage seines Proletarierlebens leuchtet.

Walter Geier.

Schrittsteller und Masse.

Ein Franzose, Sainte-Beuve, brachte für die Arbeit eines geistig schaffenden, schreibenden Menschen einmal ein recht anschauliches Bild. Er verglich dieses Schaffen mit Umnengen Goldstaubs, die in Ruchschalen verfrachtet sind und der Strömung dann überlassen werden.

Jedes ernste Blatt, das der Mensch in sein Haus bekommt, ist solcher Ruchschale gleich. Es enthält Werte. In Stunden geistiger Spannung geworden. Zur Spannungserzeugung der Leser des Blattes bestimmt. Es enthält also etwas Anregendes, Förderndes für einen jeden. Und darum müßte jeder es aufnehmen, sich bereichern. Aber es ist schon so: viele Ruchschalen, mit Gut beladen, werden von der Strömung hinweggetragen — ins Nichts.

Das Blatt deiner Gesinnung will in Ernst und Würde behandelt sein. Es ist eine Maßnahme geistigen Schaffens, wenn das Blatt nicht in allen seinen Teilen beachtet wird. Es ist nicht nur zum Schaden des einzelnen und zum Nachteile der Bewegung, sondern auch der Schaffende, der da schreibt, erhält immer neue Energien durch das Bewußtsein des Dienens seiner Arbeit am großen Werte.

Es ist so wie in der Kunst des Theaters. Es ist ein Märchen, sagt Max Reinhardt, daß der Spieler der Zuschauer je vergessen könnte. Die Masse ist erlebend und Erlebnis gebend, nehmend und selbst schöpferisch.

Dieses Wunderbare des Ergriffenseins des einen durch den anderen, wie es ja auch bei einer packenden Rede vorhanden ist, das ist natürlich in solcher Weise nicht vorhanden zwischen dem Schreibenden und dem Lesenden. Aber dennoch ist da im Unbewußten des Schaffenden von schöpferischer Bedeutung das Verstandenwerden, das Bewußtsein des Suchens durch Menschen, des Dienens dadurch, daß das Wort nicht umsonst geschrieben wird.

So wie Goethe am leichtesten zum Reden zu bringen war, wenn er wußte, daß man mit ihm fühlte, so strömt das geschriebene Wort um so freudiger und um so erregter aus dem Innern, je mehr man bei denen, für die es bestimmt ist, nach ihm sucht.

Das Blatt deiner Gesinnung, deines Ringens und deines Glaubens gleicht der Bühne, die da bindet und zum Erlebnis etwas gestalten soll. Und darum muß die Achtung vor dem Verbandsblatt wachsen, sich vertiefen und verinnerlichen. Es muß mehr als bisher, aus dem Geiste geboren, zur Befreiung auch des Geistes dienlich sein — durch dich. Dr. Gustav Hoffmann.

Arbeitslose.

Arbeitslose . . .
Ich sah sie am Tage in Straßen hungern
Und hungern!
Und sah Gesichter in Schaufenster stieren
Und frieren!

— — — — —
Ausgespien hat sie der Arbeit Tor.
Opfer blinder Gier!
Wandelnde nur in Nächten ohne Licht.
Volk der Arbeit! —
Ohne Arbeit. —
So seh' die armen Menschen ich
Vom Morgen bis zum Abend,
Durch die Nacht
Im gleichen Takt,
Im gleichen Takt:
Arbeit! —
Hunger! —
Hunger! —
Arbeit! —
Doch — der Takt verhallt im Nichts — —

Der Abend
Treibt sie in die kalten Stuben,
Wo Kinder
Bettelnd um ein Stückchen Brot,
An leeren Tischen stehn —
Und durch die kalten Räume geht das Weinen
Vieler Mütter.

K. Arend.

Ich kenne das Betriebsrätegesetz.

Es war ein schöner Frühlingstag. Lesend saß ich auf einer Bank der städtischen Anlage. Neben mir unterhielten sich zwei Arbeiterfrauen über die wirtschaftliche Not. Das knappe Auskommen und die Erwerbslosigkeit hatte sie verbittert gemacht. Der Ton der Unterhaltung war gereizt, anklagend, weshalb die ruhigere Frau auch nur schwache Einwände gegenüber ihrer heftig redenden Bekannten machte.

Politifizierend sagte sie unter andern: „Das sollten sie hier in Deutschland genau so machen wie in Rußland, dann hätten wir auch keine Erwerbslosen.“

Längst schon hatte ich mein Buch zur Seite gelegt und interessiert zugehört. Mich jetzt in die Unterhaltung einmischend, fragte ich sie: „Wodurch wird denn die Arbeitslosigkeit beseitigt, wenn wir eine Diktatur haben?“

Wir die Antwort darauf schuldig bleibend, antwortete sie: „Ja, ist das denn recht, daß die Direktoren und Angestellten so hohe Gehälter bekommen?“

„Auf keinen Fall ist das recht, aber was wollen Sie damit sagen?“

Während der letzten Worte war ihr Mann hinzugekommen, welcher, seiner Frau beistehend, sagte: „In Rußland ist das höchste Gehalt monatlich 350 Rubel.“

Grube Florenzia.

Das Volk sagt: Seit undenklichen Zeiten wurde auf Grube Florenzia Stein gebrochen, roter schöner Eisenstein. Und der kluge Packer sagt: Hier auf Grube Florenzia haben schon die Römer Eisen gewonnen. Die Raben aber sagen: Jetzt ist Grube Florenzia tot! Wie schwarze Trauerfrüchte sitzen die Raben auf den Bäumen vor dem Stolleneingang der Grube — und ihr schauriges „Grab-Grab“ durchschneidet die silberne Luft. Grube Florenzia arbeitet nicht mehr. Seit Jahr und Tag verrotten ihre Seilräder, die Grube zerfällt. Der rote Eisenstein kann nicht mehr zu Tag — und das ist traurig.

Die Grube, einem ganzen Dorfe hat sie Brot und Lebensmöglichkeit und Entwicklung gegeben: einem Eisensteindorf, in dem die Häuser einen rötlich rostigen Schimmer zeigen, in dem die Menschen jetzt bitter und stockmager und gelb und ärmlich gekleidet herumgehen — ihre Grube atmet nicht mehr. Der Eisenstein hat keinen Wert mehr, sein Abbau lohnt nicht die Kosten — andere Erze haben das deutsche Erz verdrängt, die Hochöfen am Rhein und in Westfalen verhütten die Erze aus Schweden, Spanien und Algier, die sind hochwertiger und billiger — die Seefahrt und Flußfahrt kostet nicht soviel wie die Zahnfahrt. Das ist eine bittere harte Tatsache — die man nicht umgehen kann, aber ein Dorf stirbt daran. Wös, doch der Kopf nicht sinken lassen — irgendwas anderes anpacken. Was denn — auswandern — wohin? Wirtschaftskrisen überall. Der Staat hilft, wie er kann — die Stempelunterstützung — dann kam die örtliche Wohlfahrt — aber die Gemeinde ist überlastet, Schulden häufen sich über Schulden. Der Arbeiter im Dorf hat keinen Grund und Boden, er ist reiner Erzprolet, und das bißchen Land der Gemeinde, das magere steinige Land, das ist in winzigen Stücken unter die Kleinbauern verteilt, die in mühseliger Arbeit kaum ihre Kartoffeln und das bißchen Hafer und Magerroggen einernuten — in guten Jahren langt es kaum zum Leben, in schlechten Erntejahren —. Ja, die Gemeinde ist arm, überbevölkert ist das Dorf, die große rote Kuh, der Eisenberg, die gibt keine Milch mehr — der Eisenberg ist nur noch toter Stein. Arme Grube Florenzia!

Auf den Bergen ringsherum siehst du prächtige Wälder: Fichten, Buchen, Eichen — holzt doch den Wald ab und verkauft ihn. Juho — leicht gefagt: Volk, holze ab — der Bergwald gehört dem Fürsten, die Gemeinde hat nicht einen einzigen Waldbaum in Besitz. Und doch hat früher einmal der gesamte Wald der Gemeinde gehört — das war zur Zeit vor den Bauernkriegen, das Volk verlor seinen Rebellenkrieg, seine Freiheits-schlacht — der Fürst blieb Herr, er kreuzigte die rebellischen Bauern und er nahm ihnen den Gemeinewald — zur Strafe wegen der „Auffässigkeit“. Scha, mit dem Wald ist nichts zu machen, den können wir nicht abholzen, das ist kein Plan. Wovon soll aber Mutter dann feuern, wir brauchen doch uaternm Kartoffeltopf ein bißchen Gut! Kauft euch Brennholz, beim fürstlichen Rentamt. Jaha — und das Geld, mit den paar Groschen von der Wohlfahrt? Gebrannt muß werden — helfe dir, wie du kannst, die alten Quetschenbäume droben bei der toten Grube — och, die sind auch schon längst verbrannt, die wilden

„Und in Deutschland 800 000 Mark jährlich“, antwortete ich. „Da haben wir es ja, das kommt nur daher, weil die Gewerkschaften und die SPD. uns immer verraten und verkauft haben.“

„Hör mal, Kollege, mit solchen Gefühlsäußerungen kannst du mich nicht überzeugen, du mußt schon Tatsachen anführen“, erwiderte ich.

„Ja, stimmen denn nicht die freigewerkschaftlichen Betriebsräte immer den Entlassungen und Stilllegungen zu?“, fragte er mit erhobener Stimme, als wenn er einen unwiderlegbaren Satz gesagt hätte.

„Nein, sie stimmen dem nicht zu“, antwortete ich, „sie haben auch gar nicht darüber zu entscheiden, ob der Betrieb stillgelegt wird oder nicht.“

„Aha, da haben wir es ja, die Betriebsräte haben eben nichts zu sagen.“

„Oh ja“, antwortete ich, „sie haben schon was zu sagen, wenn sie auch nicht die Führer und Leiter der Wirtschaft sind.“ Ueberlegen sagte er darauf: „Ich bin doch selber Betriebsrat, mir kannst du nichts vormachen. Das steht sogar im Betriebsrätegesetz, daß wir nichts zu sagen haben.“

„So, wo steht das denn, in welchem Paragraphen?“

Mit einer Stimme, die überzeugte Sicherheit vortäuschten sollte, antwortete er: „Schade, daß ich das Betriebsrätegesetz nicht bei mir habe, ich würde es dir gleich zeigen.“

Nun hätte der gute Mann alles andere erwartet, nur nicht, daß zufälligerweise ich gerade das Betriebsrätegesetz bei mir haben würde. Ihm den betreffenden Abschnitt im Gesetzbuch des Arbeitsrechts aufschlagend, reichte ich ihm das Betriebsrätegesetz mit der Aufforderung an ihn, mir doch den betreffenden Paragraphen zu zeigen. Verlegen sagte er mit stockender, merklich leise klingender Stimme: „Ich war doch selber Betriebsrat, ich weiß doch, daß der nichts machen kann.“

Ueber die Gesichter der Zuhörer ging ein Schmunzeln. „Betriebsräte, die das Betriebsrätegesetz so wenig kennen, brauchen sich nicht zu wundern, wenn sie nichts machen können“, sagte ich zu ihm. „Zur Widerlegung deiner Behauptung kannst du dir aber jetzt einmal die Paragraphen von 74 bis 84 durchlesen.“

Als Antwort schaute er auf seine Uhr und fragte, wie ziner, der etwas Wichtiges veräumt hat: „Ist das schon zwei Uhr?“

„Schon zehn Minuten nach zwei“, antwortete ich.

„Dann muß ich aber gehen, auf Wiedersehen!“

„Und solche Männer wagen es, die freien Gewerkschaften zu bekämpfen“, sagte ich im Fortgehen zu den Zuhörern. G. Sch.

19. Kameraden, forgt in eurem und im Interesse eurer Organisation für pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags für die Zeit vom 3. bis 9. Mai 1931

Quetschenbäume auf den Schutthalden: aufgeschüttet vor den Bäumen schon vor Hunderten von Jahren. Das Wägelchen her, Kinder: seht euch darauf — auf in den Wald, Raffholz suchen, Faulholz, Dürholz — aber der graugrüne fürstliche Förster kommt straff und grimmig daher: Hä, Dorfvolk, habt ihr 'nen Schein, habt ihr vom fürstlichen Rentamt die schriftliche Erlaubnis — nein, nicht — dann nig wie 'raus aus 'm Wald, vorwärts, marsch, ich bin der fürstliche Förster!

Ja, dem Förster gehts gut, er ist stark und sehnig und wohlgenährt, der Fürst auch, und die Fürstentöchter und die Fürstentöchter. Droben am Schloß fehlt nichts, stolz und trübig wächst es mit seinen mittelalterlichen Türmen hoch aus dem Bergwald heraus, mit Zugbrücke, Kapelle, Rittersaal, Weinkeller und Schloßküche, mit lautem Jagdhundgebell, mit Tennisplatz und mit Kurhotel, für die reichen Touristen — alles gehört dem Fürsten. Schloß, Hotel, Personal, Lust, Wind und Sonne. Der Fürst thront am Berg, stolz und herrlich steigt das Schloß ins Blau des Himmels — es umkränzt sich mit silbernen Wolken. Droben ist Freiheit, Wohlstand und Schönheit — drunten wimmert und schimmelt das Dorf, neben der toten Grube, arme Florenzia!

Zweitausend Jahre hat die Grube gelebt, vielleicht länger, die römischen Cäsaren ließen hier von ihren Kriegsklaven tiefe Stollen in den Eisenberg treiben — im Holzfohlenfeuer wurde das Erz geschmolzen, und die Walschmiede hämmerten Schwert und Rüstung für die römischen Legionen. Vor geschichtlicher Zeit spricht die Sage: Jung-Siegfried war ein stolzer Knab, ritt von des Vaters Burg herab — und ließ sich von den roten Walschmieden sein Schwert stählen, vom Ritter berichtet die Sage — was weiß die Sage von den Bergknappen zu berichten? Nichts. Aber Goethe weiß einiges davon, im Faust, zweiten Teil, hier, Goethe läßt die Bergknappen jagen: Wer wird uns retten, wir schaffen das Eisen, die schmieden die Ketten — die andern, die Herren!

Grube Florenzia. Merowingerzeit und Frankenzzeit — das rote Erz gab blanke Aegre, die wanderten bis nach Aquitanien und bis vor die Tore Roms, der Franke unter Carolus war Herr der Welt — Grube Florenzia gebar den bligenden Stahl. Und die Klöster jangen mit dem Glockenerz der Eisensteingrube ihr helles Avemaria. Von der Zeit des Bonifazius bis zur Zeit der Bauernkriege, da fraß der rote Hahn — Turm, Glocke und Kloster!

Grube Florenzia. Ihre letzte Blüte erlebte sie im großen Geldkrieg — ihre Kumpels waren draußen an den Fronten, im Graben oder im Grab — aber gefangene Küssen und Franzosen, die belebten gleich schwarzen und blauen Ameisen die Stollen, Gänge und Halben der Grube. Und nun ist alles aus, das Herz blutet dir, wenn du siehst — Verfall, Einsturz, Ruß und Trümmer. Neben der toten Grube siehst du den Weiher, den grünen Weiher des Fürsten, stolz und weiß schwimmen die fürstlichen Schwäne sanft drüberhin — durchs klare Wasser blitzen die Schuppen der Karpfen. Herr Fürst, dürfen wir fischen, wir sind erwerbslos, die Kinder hungern. Horrieh: lauf, was de laufen kannst — da kommt der fürstliche Fischmeister. Max Dortu.

Lehren aus der Alsdorfer Grubenerplosion.

Unser Bericht enthält Lücken. Das ergibt sich aus der beschränkten Informationsmöglichkeit, unter der wir zu leiden haben. Immerhin wird sonst niemand einen so ausführlichen Bericht der Öffentlichkeit vorlegen. Das hat zum Teil Gründe, über die wir aus Höflichkeit nicht reden wollen. Wir tun unsere Pflicht, um die Kameraden zu schützen.

Isolierung der Gasreserve.

Wir haben die Ursachen der Explosion bloßgelegt. Auf Anna II wächst mittlerweile eine neue Schachtanlage empor. Aber eine Frage: Was geschieht, um die Wiederholung einer so furchtbaren Explosion zu verhindern? Was geschieht zum Schutze der Belegschaft? Wir lehnen es ab, die Explosion „entfesselten Gewalten“ zuzuschreiben, denen der Mensch unbeteiligt gegenübersteht. Diese Explosion, d. h., die Ursachen sind durch Menschen herbeigeführt. Gewollt? Nein! Aber durch mangelhafte Durchführung bereits erkannter Sicherheitsmaßnahmen. Also doch durch Menschenschuld!

Längst ist erkannt, daß alle Baue, die doch als Gasreserve bekannt sind, gegen die in Betrieb befindlichen zuverlässig zu isolieren sind. Das geschah auf Anna II nicht. Staub-sicherung. Gut. Aber gegen solche Gefahren aus dem alten Mann, wie sie hier bestanden, ist diese Sicherung keineswegs ausreichend, verhindert nicht das Herausschlagen des Elements aus dem Schacht. Damit ist der Weg vorgezeichnet, den die Grubensicherheit nach dieser Richtung zu gehen hat.

Feuer in gasgefährlichen Strecken.

Nichtstrecken, auf die unsere Schilderungen zutreffen, dürfen nicht für Benzol- oder elektrische Lokomotivförderung zugelassen werden. Auf diesem Gebiet gibt es noch viele, sehr viele Sünden. Und wenn dann eine Explosion passiert, war ist dann der Verantwortliche? Solange die Bergbehörde kein Verbot erläßt, dürfen solche gefährlichen Betriebe weitergeführt werden. Und weil alles gemacht werden kann, was nicht verboten ist, wird es eben gemacht, auch wenn es so gefährlich ist, wie eine Höllenmaschine.

Bewetterung und rückwärtige Verbindungen.

Zwei Vorzüge der Grube retteten den größten Teil der Belegschaft: der durchgehende Wetterabzug nach Anna III, dessen Wirkungsweise nach der Explosion wir bereits geschildert haben und insbesondere die rückwärtigen Verbindungen mit den Nachbargruben. Auf Minister Stein sind z. B. im Jahre 1925 in einem Saal mit etwa 100 Menschen in den Nachschwaben erstickt. Der in Richtung Einzugschacht zurückgehende Wetterstrom wurde durch die Explosion vor den Abbaufeldern kurzgeschlossen, und die dahinter stehenden Menschen wurden von den sich langsam ausbreitenden Nachschwaben getötet. Eine rückwärtige Verbindung hätte sie alle gerettet. Solche Beispiele zeigen die großen Grubenerplosionen immer wieder.

Die zu betretenden Wege zur Sicherung von Menschenleben sind also klar vorgezeichnet. Vor allen Dingen rückwärtige Verbindungen für alle Abbaufelder — natürlich auch für alle Abbaubetriebe — entweder mit benachbarten Gruben oder durch abseitsstehende Wetterschächte. Im letzteren Falle sind die Vorkosten zwar höher, aber man schafft dafür eine ideale Wetterführung. Unterwerksbaue im großen Ausmaß sind zu vermeiden. Sie bilden nicht nur an sich wettertechnisch eine ständige Gefahr; bei Explosionen werden sie zu einem großen Totensarg. Eine Wetterführung, wie sie auf Anna II zwischen der 4. und 5. Sohle bestand, muß ein für allemal unwiderruflich verboten werden. Das gebietet nicht nur die Grubensicherheit, sondern auch der sachmännische Grubenbetrieb.

Selbstrettung und Hilfsmittel.

Ein seit Jahren viel erörterte Frage ist der persönliche Schutz gegen die Explosionsnachschwaben. Man diskutiert z. B. darüber, was besser sei, sogenannte Selbstretter bzw. Fluchtgeräte oder Rettungskammern. Ernsthaft ist man an keine dieser Fragen bisher herangekommen, vielleicht damit man weiter diskutieren kann. Wir müssen es uns verjagen, auf die reichhaltige Literatur, auf die vielen Für und Wider einzugehen.

Unter Selbstrettern versteht man entweder kleine Sauerstoffgeräte oder Kohlenoxydfilter.

Die Sauerstoffgeräte

machen den Träger von der Außenluft unabhängig, die Atmungsorgane sind gegen die Außenluft abgeschlossen und eine Sauerstoffflasche liefert die Lebensluft. Solche Geräte sind mehr oder minder eine primitive Nachahmung der bekannten Gaschutzgeräte, wie sie die Rettungsmannschaften gebrauchen. Das Dräger-Werk in Lübeck stellt solche „Sauerstoff-Gaschutzgeräte“ her, die bis zu einer halben Stunde lang Schutz vor giftigen Nachschwaben bieten.

Das primitivste Sauerstoff-Fluchtgerät besteht aus einer zwei Liter fassenden Stahlflasche mit einem starr angeschlossenen Blechrichter für Mund- und Nasenatmung und ist in Waldburg gegen die Kohlenäuregefahren eingeführt. Bei Gefahr soll das Ventil aufgedreht und der Trichter einfach vor Mund und Nase gehalten werden. So eine Flasche bläht durch selbsttätigen Regulator etwa 10 Minuten lang komprimierten Sauerstoff aus. Für Explosionsgase scheiden solche Fluchtgeräte jedoch aus.

Das Kohlenoxydfilter.

In der Nachkriegszeit haben die Amerikaner ein Fluchtgerät geschaffen, das dem Prinzip der im Krieg gebrauchten Gasmaske entspricht. Es soll die Giftgase absorbieren, gewissermaßen vor den Atmungsorganen abfangen. Das war bisher die Schwierigkeit, weil man keine Stoffe kannte, die gerade das giftige Kohlenoxyd aufnehmen. Die Amerikaner haben die Frage so gelöst, daß sie das Kohlenoxyd durch chemische Stoffe in dem Einjaß der Maske verbrennen und dadurch zu Kohlenäure verwandeln. Eine solche Gasmaske ist mit einem größeren Einjaßtopf versehen als die Kriegsmaske, weil der Vorgang der Kohlenoxydumwandlung ein komplizierter ist. Diese Einrichtung bezeichnet man richtig mit Kohlenoxydfilter. In Deutschland hat die Gaslicht-Auer-Gesellschaft in Berlin ein solches Filter zuerst hergestellt; später auch das Dräger-Werk.

Bei diesem Gerät tritt man sich bislang über die Brauchbarkeit in den giftigen Nachschwaben einer Grubenerplosion, weil das Filter zwar das Kohlenoxyd beseitigt, aber nicht den unentbehrlichen Sauerstoff beschafft. Es kommt nun darauf an, ob die Nachschwaben noch genügend Sauerstoff mitführen. Man muß annehmen, daß eine Explosion den Sauerstoff der Grubenluft größtenteils verbraucht. Als Folge der Explosion (Saug- und Rückströmung u. a.) tritt aber schon im nächsten Moment eine Verdünnung der Nachschwaben ein, ein Vorgang, der auch die Explosionsgase von 1500 bis 3500 Hitzegrade auf weniger als 100, oft gar auf 50 und darunter sofort abkühlt. Allgemein dürfte in schwierigen Fällen der Sauerstoffgehalt der Nachschwaben nicht unter 12 Prozent betragen, in günstigsten Fällen aber bis 18 Prozent.

Nach einem Bericht des cand. rer. mont. K. von Gordon im „Drägerheft“ Nr. 152 (Mitteilungsblatt der Dräger-Werke

in Lübeck) wurden bei einem Brand in einer Braunkohlengrube Brandgase entnommen. Das ungünstigste Verhältnis wurde in der Nähe der Brandstelle mit immer noch 12,6 Sauerstoff festgestellt. Solche ungünstigen Verhältnisse gibt es in der Grube nach einer Explosion nur in seltenen Fällen.

Ueber die unterste Grenze der zur Erhaltung des Lebens notwendigen Sauerstoffprozente sind sich die Gelehrten nicht einig. Es werden vielfach 15 Prozent für die Anstrengungen einer Flucht verlangt. Um den Lebensgeist wach zu halten, genügen nach anderen Angaben noch geringere Prozentsätze, wenn der Betreffende sich hinlegt oder ruhig atmet. Man geht bis 12 Proz. herunter, jedoch wird die individuelle Veranlagung hierbei eine große Rolle spielen.

Die Wirkungsdauer der Kohlenoxydfilter wird mit einer halben bis zwei Stunden angegeben. Die amerikanische Bergbehörde hat die Einführung solcher Filter im Bergbau allgemein zugelassen für Hilfsarbeiten in Explosions- oder Brandgasen, jedoch nur bei einem Höchstgehalt von 2 Prozent Kohlenoxyd und bei einer nur höchstens einhalbstündigen Gebrauchsdauer. Damit ist nicht gesagt, daß die Filter keine höheren Prozentsätze bewältigen. Die deutschen Herstellungsfirmen sagen, daß ihre Filter bei 4 Prozent noch zuverlässig arbeiten.

Grundsätzlich kommt es auf folgendes an: Je höher der Kohlenoxydgehalt, die Temperatur und der Feuchtigkeitsgehalt der Nachschwaben, desto kürzer die Wirkungsdauer des Filters. Die Größe desselben ist natürlich mit in Rechnung zu stellen. In ungünstigsten Fällen soll ein normales Filter immer noch bis 30 Minuten wirken. Das genügt zur Rettung, wenn Rettungswege vorhanden sind.

Das giftige Kohlenoxyd wirkt schon schädlich bei einer 0,1 Prozentigen Beimischung in der Luft, bei einer 1/2 Prozentigen tödlich in kürzester Zeit. In Explosionszonen treten nach verschiedenen Untersuchungen in den allerungünstigsten Fällen mehr als 4 Prozent auf. Heiße Herbst geben in ihrer Bergbaukunde 0,5 bis 1,5 Prozent Kohlenoxyd in den Nachschwaben gemischter (Schlagwetter- und Kohlenstaub-) Explosionen als angenommene Regel an, Dr. Ing. Fortmann (Leiter der Hauptrettungsstelle in Essen) 1 bis 2 Prozent.

Diese theoretischen Erörterungen zeigen, daß das Kohlenoxydfilter als Fluchtgerät bzw. als Selbstretter geeignet ist. Wir haben bei der Alsdorfer Explosion nach praktischen Beweisen gefordert und die vorherigen Veröffentlichungen darauf eingestellt. Unsere Antwort auf die Frage der Brauchbarkeit dieser Geräte ist ein unbedingtes Ja. Natürlich ist die körperliche Beschaffenheit ein großer Faktor. Wir haben von der Rettung der Zungkameraden Gebrüder Fuchs gelesen. Beide haben mehr oder minder der ganzen Nachschwabenwelle getrotzt, ohne besonderen Schutz. Man muß bei ihnen auf eine gegen das Kohlenoxyd wenig empfindliche Natur schließen, die hier in der Familie steckt. Bei Josef Fuchs haben sich bisher keine wesentlichen Nachwirkungen eingestellt. Heinrich Fuchs hat Schaden erlitten, der ihn erwerbsunfähig macht; aber immerhin Lebensrettung. Und unter denselben Umständen haben sich noch viele andere Kameraden gerettet. Bei Nachprüfungen anderer großer Explosionen finden wir immer wieder solche Selbstrettungen ohne jegliche Hilfsmittel. Und die logischen Schlussfolgerungen: Wenn schon Menschen ohne Schutzmittel den giftigen Nachschwaben entkommen, dann ist es zweifellos möglich, mit Schutzmitteln fast alle indirekt Betroffenen zu retten.

Die Kohlenoxydfilter sind also als Fluchtgeräte geeignet. Geeigneter sind allerdings die beschriebenen Sauerstoffgeräte. Doch sind sie teurer und empfindlicher. Sie erfordern ferner eine besondere Behandlung und Unterrichtung im Gebrauch. In Amerika bildet sich allmählich eine Organisation für den Gebrauch der Kohlenoxydfilter aus. Die Einführung geht langsam, aber stetig vor sich. Die Filter werden entweder in der Nähe der Arbeitsstelle für die Kameradschaft in besonderen Schränken aufbewahrt oder müssen sich in der Nähe des einzelnen befinden; teilweise sollen sie sogar bei der Arbeit am Gürtel getragen werden. (Fortsetzung folgt.)

Zu den Sprengstofffunden auf Eschweiler Reserve.

Wir lesen in der „Freien Presse“ (Aachen):

Da die Sprengstofffunde auf Grube Eschweiler Reserve die Öffentlichkeit weitestgehend beschäftigt, versucht die kommunisistische Presse die Tatsache, daß Kommunisten hierbei beteiligt sind, abzuleugnen, obwohl Anhänger ihrer Partei wegen Sprengstoffdiebstahl vom Reichsgericht verurteilt wurden. In der Nr. 83 der „Arbeiter-Zeitung“ bringt sie auf der Seite 4 des zweiten Blattes unter dem Rubrum: „Gelogen, gelogen... Ein angeblicher Sprengstofffund im holländischen Kohlenrevier“ die sensationelle Mitteilung, daß im holländischen Kohlenrevier niemand etwas davon weiß, daß dort Sprengstoff, der aus den Bergwerken des Wurmreviers stammt, gefunden wurde. Das ist eine bewusste Verdrehung der Tatsache, wenn man weiß, daß das sogenannte Kempenland nicht in Holland, sondern in Belgien liegt. In dem Artikel ist davon die Rede, daß der Sprengstoff bei einem Tschechoslowaken, der früher hier im Wurmbergbau beschäftigt war, gefunden wurde, und der jetzt im Kempenland wohnt und dort nicht in niederländischen, sondern in belgischem Bergbau beschäftigt ist. Tatsache ist, daß der Sprengstoff und die Zündkapseln gefunden wurden. Tatsache ist aber auch, daß auf Grube Eschweiler Reserve ganz enorme Mengen Sprengstoff entwendet worden sind, das beweist ja schon der Aufruf und die Bekanntmachung des Oberstaatsanwalts von Aachen. In diesem Aufruf werden die Pakete, Rüstnummern und die Daten des Ausgabebettes genau aufgeführt. Tatsache ist ferner, daß auf Grube Eschweiler Reserve eine zum Himmel schreiende bodenlose Schlamperie in bezug auf die Sprengstoffwirtschaft vorhanden war, und daß es früher jedem, der sich für Sprengstoff interessiert, leicht möglich war, sich in den Besitz ganzer Pakete Sprengstoffe und sonstiger Zündmittel, wie Sprengkapseln, Zündschnur usw. zu setzen. Ohne Ansehen der Person erhielt früher auf Eschweiler Reserve jeder einen Schein von seinem Steiger, um Sprengstoff zu empfangen, wenn er vor seinem Arbeitsort irgendwelche Schießerarbeiten verrichten mußte. Er ging mit diesem Schein dann zu dem Sprengstoffausgeber, erhielt eine Blechkiste und in dieser dann Sprengstoff, Zündhütchen, Zündschnur und Sicherheitszünder. Was dann mit diesem Sprengstoff geschah, darum kümmerte sich niemand; auch nicht die Bergbehörde, obwohl auch dieser diese Zustände auf Eschweiler Reserve gut bekannt sein mußten.

Wenn diejenigen Leute, die im Besitz eines Schießpatens waren, am Ende ihrer Schicht diesen Kasten am Sprengstoffmagazin — auf Grube Eschweiler Reserve befindet sich auf der 4. und 5. Sohle je eine Sprengstoffkammer, aus der der Sprengstoff in kleinen Mengen an die Berechtigten ausgegeben wird, außerdem befindet sich auch noch auf der 5. Sohle das große Zentrallager — abliefern, dann war in der Regel kein Mensch da, der diese kleinen Transportkästen in Empfang nahm, infolgedessen wurden sie dann vor diesen Magazinen zu einem Haufen zusammengestellt und standen dann unbeaufsichtigt und jeder-

mann zugänglich, bis dann der Mann, der Sprengstoff ausgeben mußte, kam und die Kästen in das Magazin einschloß. In der Zwischenzeit konnten sämtliche Kästen mit samt ihrem Inhalt geräubert werden.

Man hat also mit diesem unverantwortlichen System dem Sprengstoffdiebstahl in weitestgehendem Maße Vorschub geleistet. Geschehen konnte dieses aber auch nur unter dem Regime des früheren Betriebsführers Spielker. Dieser Mann ging sogar so weit, daß er die Bergbehörde gegen ein Ausschußmitglied, das sich unterstanden hatte, in einer Gezaheliste nach Sprengstoff zu suchen, mobil machte. Der Herr Bergrat St. hat dann diesem Betriebsausschußmitglied einen Verweis erteilt, weil es sich nach Auffassung des Betriebsführers Sp. Rechte angemacht habe, die ihm nicht zustünden. Man ist sogar so weit gegangen und hat diesem betreffenden Ausschußmitglied den Vorwurf gemacht, diese seine Handlungsweise wäre nur aus der Gefäßigkeit, die es gegen den Betriebsführer Sp. hegte, entsprungen (!).

Was hatte dieser Mann getan? Bei einer seiner Befahrungen im November 1929 fand er in einer unverschlossenen Gezaheliste zwei Pakete von je 2,5 Kilogramm Sprengstoff, ferner etwa 130 Sprengkapseln, 4 Ringe Zündschnur und 20 Sicherheitszünder. Das Ausschußmitglied stellte ferner fest, daß der Hauer, der diesen Sprengstoff und die Zündmengen im Besitz hatte, nicht mehr dazu berechtigt war, weil schon seit etwa 14 Tagen die Schießmeister im Amte waren. Weil er diese Sprengstoffmengen in unverschlossener Kiste und in unberufenen Händen fand und pflichtgemäß zur Meldung brachte, darum bekam er den Vorwurf der Gefäßigkeit. Der Herr Bergrat Striebed, der ja immer bei seinen Befahrungen, wie er ja schon einmal angegeben hat, die Sprengstoffkisten sehr scharf kontrolliert, indem er an das Schloß schloß, ob es auch zu ist — das nennt man Kontrolle! —, mußte pflichtgemäß den Betriebsführer zur Verantwortung ziehen; dieses geschah aber nicht, sondern dem Ausschußmitglied wurden Vorwürfe und Schwierigkeiten gemacht, die so weit gingen, daß man ihn auf Betreiben des Betriebsführers entlassen wollte.

Das war das System von Eschweiler Reserve, das zweifellos durch die Bergbehörde des Bergamts Düren, wenn nicht Unterstützung, so doch zumindest Duldung gefunden hat!

Genau so wie hier, liegt es auch vielen anderen Gebieten, auf denen die Bergbehörde verfaßt hat. Auch heute noch nimmt es die Bergbehörde mit ihren Aufgaben nicht so ernst, wie man es von ihr in Anbetracht der schwierigen Verhältnisse, unter denen die Bergarbeiter ihr saures Stücken Brot verdienen müssen, verlangen muß. Ueber diese Dinge wollen wir noch später berichten und zum Schluß nur noch die Frage an die Staatsanwaltschaft richten, ob es ihr bekannt ist, daß auch in Triere ein Mann gerichtlich bestraft wurde, weil er Sprengstoff verbotswidrig im Besitz hatte. Auch dieser Mann soll angegeben haben, daß der bei ihm gefundene Sprengstoff aus dem Wurmgebiet stamme.

Ferner bitten wir die Staatsanwaltschaft, sich die Sprengstoffempfangs- und -ausgabebücher der Grube Eschweiler Reserve anzusehen und diese eventuell von Fälschungen, nicht aber von der beteiligten Bergbehörde, prüfen zu lassen, besonders aber, sich auch die Schießbücher der Schießberechtigten der früheren Zeit genau anzusehen. Es wird dieses bestimmt dazu beitragen, die Schuldigen zu ermitteln.

Schuldige sind in erster Linie diejenigen, die diese Schlamperie kannten und die trotz den Bestimmungen des Sprengstoffgesetzes nichts dagegen getan haben!

Schuldige sind diejenigen, die einem gesetzlichen Vertreter der Belegschaft unterlagen, seine Pflicht in bezug auf die Grubensicherheit zu erfüllen!

Schuldige sind diejenigen, die den gleichen Vertreter der Belegschaft aufs Straßensplaster werfen wollten, als er in einer anderen Angelegenheit seine Pflicht im Interesse der Grubensicherheit, im Interesse von Leben und Gesundheit seiner Mitarbeiter in vollstem Maße getan hat. Albert Engelhardt.

Bezirk Lügau. Streitpußh der RGD.

Das Delsnig-Lügauer Kohlenrevier war wiederum einmal der Schauplatz eines Streikpußhes. Die Ursache des Streikpußhes ist folgende: Durch Bekanntmachungen auf den Werken, nachdem in zweimaliger Verhandlung mit dem Tarifvertrag für den sächsischen Steinkohlenbergbau beteiligten Gewerkschaften eine Einigung gescheitert war, gab der Bergbauliche Verein in Zwickau den Belegschaften bekannt, daß, gestützt auf Urteile des Reichsarbeitsgerichts, der Urlaubslohn je Urlaubstag um ein Sechstel gekürzt werde und in den Urlaub fallende Feiertagen auf die Urlaubsdauer angerechnet würden. Die Tarifgewerkschaften erhoben sofort Protest beim Bergbaulichen Verein in Zwickau, und die Bezirksleitung Lügau gab den im Delsnig-Lügauer Revier vorhandenen Belegschaften bekannt, daß gegen die Anordnung der Werkschergen der Rechtsweg beschritten werden würde.

Das ging aber nun gegen den Strich der RGDgen. Hier bot sich doch eine glänzende Gelegenheit, ihr Können auf dem Gebiete der Streikstrategie an den Tag zu legen. Also, die Belegschaft von Vereinsglück ging ins Garn und die Frühlicht verweigerte die Einfahrt. Sofort wurde eine Belegschaftsversammlung arrangiert, in welcher der kommunisistische Landtagsabgeordnete S. in der man auftrat. Es wurde eine Entschließung zur Annahme gebracht, wonach diesen Kampf nur die RGD führen und beenden werde. Es wurde eine Kampfleitung gewählt, in die man aber bezeichnenderweise nur ausschließlich Verbandsmitglieder hineinzulassen versuchte. Unsere Mitglieder waren aber so schlau, sich für diese Ehre zu bedanken. Es wurden dann auch die notwendigen Forderungen aufgestellt, die den nötigen Sirup um den Mund liefern sollten.

Es wurde gefordert: 1. Gewährung des Urlaubs in der bisherigen Weise. 2. Bezahlung der Streikschichten durch die Werke. 3. Niedriggigmachung der Lohnkürzung vom Januar.

In einem Flugblatt wurde noch einmal die Trommel gerührt, aber trotz aller verlockenden Forderungen trotz aller krampfhaften Bemühungen: wer nicht kam, wer nicht den ausichtslosen Wödsinn mitmachte, das war erfreulicherweise das Gros der Bergleute, das sich von den Tiraden der Knöchel, Mehlhorn und Konsonen nicht einfangen ließ. Und so kam, was kommen mußte: am nächsten Tage bereits mußte die glorreiche RGD den Kampf abblasen. Ein größerer Teil der Arbeiter war wiederum einmal um den Verdienst für ein oder zwei Schichten geschädigt, und außerdem flogen etwa ein Duzend Betriebsräte der RGD aufs Pflaster. Ein großer Aufwand ist nutzlos verthan!

Erreicht wurde absolut nichts. Die Rechte des Tarifvertrages zu wahren, bleibt nach wie vor den verdamnten Gewerkschaftsbürokraten überlassen. Die Arbeiterchaft hat eine Reihe Opfer zu beklagen, und die dringend notwendige Einigkeit ist nicht gefördert worden. Wann werden die Bergarbeiter endlich einmal allseitig erkennen, daß nur der Zusammenschluß in einer einheitlichen großen Organisation die Gewähr bietet, die Interessen der Arbeiterchaft wahrzunehmen?

Darum, Bergarbeiter des Delsnig-Lügauer Reviers, wißt den Putzschaposteln der RGD, die Tür, verfaßt igne: die Gefolgshaft, und schließt euch dem Bergbauindustriearbeiterverband als Mitglied an! Euer, ihr seid gewarnt!

Aus dem Saarrevier. Die Saargruben im Jahre 1930.

Der günstigen Konjunktur des Jahres 1929 ist auch im Saarbergbau bereits Anfang 1930 eine Abwärtskrise gefolgt. Der französische Staat war nicht in der Lage, seine eigene Produktion, zu welcher auch die Saarkohle gehört, in gesteigerter Weise zu verwenden.

Den Krisenjahren des Saarbergbaues 1924-25, 1927-28 folgte das Jahr 1930. Achtzehn allgemeine Feiertage mit einem Ausfall von ungefähr 1 Million Schichten und einem Lohnverlust von 40 Millionen Franken, sowie Arbeiterentlassungen sind die Begleiterscheinungen und Auswirkungen der Krise auch im Saarbergbau.

Die Förderung, Leistung und Belegschaftsziffer vom Jahre 1913 und der Nachkriegszeit zeigen folgende Zahlen:

Jahr	Förderung der Saargruben einschl. Frankenholz (in To.)	Leistung pro Mann (in Mg.)	Belegschaftsziffer Arbeiter
1913	13 216 309	803	56 820
1920	9 410 433	481	71 383
1921	9 574 602	515	72 374
1922	11 240 003	606	72 790
1923	9 192 275	639	74 138
1924	14 032 918	708	74 908
1925	12 989 849	680	72 583
1926	13 680 874	692	73 807
1927	13 595 824	740	67 345
1928	13 106 718	811	59 912
1929	13 579 348	836	60 793
1930	13 235 771	874	57 202

Die Förderung des Saarbergbaues ist auch im Jahre 1930 über die Förderung des Jahres 1913 nicht hinausgekommen. Die Rationalisierung der Saargruben zeigt sich darin, daß die um 17 000 Arbeiter verringerte Belegschaft im Jahre 1930 dieselbe Produktionsziffer herausbrachte wie 1925. Auch im Vergleich mit dem Jahre 1913 macht sich die Rationalisierung bemerkbar, da die Belegschaftsziffer derjenigen von 1913 entspricht, aber bei einer Arbeitszeitverkürzung um eine Stunde die Förderung erreicht wurde.

Am günstigsten hat sich die Grube Frankenholz entwickelt. Die durch Pachtvertrag vermehrten preußischen Kohlenfelder gestatteten eine aufsteigende Förderziffer. Die Förderung von Frankenholz hat sich gegenüber 1913 um 143 732 To. oder um 42 Prozent erhöht. Die Abfahrvhältnisse waren 1930 durch den Abfah nach der Pfalz und Süddeutschland günstiger, so daß auch Feiertage vermieden werden konnten. Die Kopfleistung der Saargruben zeigt auch im Jahre 1930 eine aufsteigende Linie. Mit 874 Mg. ist dieselbe gegenüber 1913 um 8,8 Prozent gestiegen.

Die Belegschaftsziffer betrug Ende 1930: 57 202 Arbeiter gegen 60 793 Ende 1929 und gegenüber 74 908 Ende 1924. Im Jahre 1930 wurden 1400 Arbeiter außerhalb der Saargrenze wohnend entlassen.

Die Halbenbestände an Kohlen betragen im Januar 1930 nur 84 132 To., um bereits im März auf 217 596 und Ende des Jahres auf 248 285 To., gleich 5 1/2 Schichtförderung, zu steigen. Der Absatz neben Halbenbestand, Selbstverbrauch und Depuralkohlen betrug 1930 etwa 11 185 099 To., welche sich mengenmäßig auf nachstehende Länder verteilen:

	1913	1930
Saargebiet	4 225 586	4 640 842
Übriges Deutschland	4 717 974	975 559
Frankreich von 1914	1 045 163	2 960 298
Elsaß-Lothringen	1 625 402	1 560 682
Schweiz	763 740	447 255
Belgien-Luxemburg	141 133	180 991
Oesterreich	22 690	21 102
Italien	183 070	397 230
Verschiedene Länder	—	1 139

Löhne.

Die Löhne haben sich tariflich im Jahre 1930 nicht verändert. Die amtlich ermittelten Effektivlöhne einschließlich aller Abzüge betragen nach der Veröffentlichung des Oberbergamtes Saarbrücken:

	Sonderlohn ohne Familienzulagen		Goldmarkt mit Familienzulagen		Löhne aller Arbeiter unter Tage ohne Familienzulagen		Goldmarkt mit der Zulage	
	Fr.	Gr.	M.	Gr.	Fr.	Gr.	M.	Gr.
1929	11,19	48,05	7,87	49,07	42,93	7,03		
1930	45,76	49,34	8,08	40,95	43,85	7,18		
1. Viertel	41,86	48,36	7,92	40,86	43,70	7,16		
2. "	41,91	48,63	7,97	40,90	43,79	7,17		
3. "	41,92	47,92	7,85	40,88	43,84	7,18		

Die Hauertlöhne zeigen einen Rückgang vom ersten zum vierten Quartal von 1,42 Fr. Besonders haben die Feiertage das Lohnneinkommen ungünstig beeinflusst.

Unfälle im Saarbergbau.

Das Jahr 1930 hat auch dem Saarbergbau zwei größere Unglücksfälle gebracht. Am 6. August erfolgte auf der Schachtanlage Calmelet, zur Inspektion II gehörend, eine Schlagwetterexplosion, bei welcher 9 Tote und 9 Verletzte an Tag gebracht wurden.

Am 25. Oktober ereignete sich auf Grube Maybach eine Schlagwetter- und Kohlenstaubexplosion, bei welcher 98 Tote und 23 Verletzte zu beklagen waren. Insgesamt sind 83 20 Bergarbeiter verunglückt, davon 145 tödlich und 1886 mit mehr als vier Wochen Arbeitsunfähigkeit. Die Unfälle in den einzelnen Quartalen zeigt folgende vom Oberbergamt veröffentlichte Tabelle:

	Insgesamt	tödlich	Mehr als 4 Wochen arbeitsunfähig	Auf 1000 Mann der Belegschaft	
				insgesamt	tödlich
1930					
1. Viertel	2424	10	542	39,75	0,16
2. "	2118	8	445	31,73	0,131
3. "	1884	24	427	32,78	0,417
4. "	1894	103	472	32,19	1,751
Insgesamt	8320	145	1886		

Die Lage Anfang 1931.

Die Lage des Saarbergbaues zeigt auch Anfang 1931 keine Besserung. Ein Lohnabbau ab 1. März und 1. Mai von insgesamt 6,5 Prozent hat die Kaufkraft der Bergarbeiter noch mehr verringert. Feiertage werden monatlich eingelegt. Die Grubenerwaltung hat die Stilllegung einzelner Schachtanlagen aus finanziellen Interessen angekündigt. Die Belegschaft hat einen weiteren Rückgang um mehrere hundert Arbeiter zu verzeichnen.

Der Abfahrgang der Saarkohle nach Frankreich im Jahre 1930.

Das Zentralkomitee der französischen Kohlengruben verurteilt in seinem Jahresbericht 1930 die un sinnige Kohlenwirtschaft, nach welcher Frankreich 2 Mill. To. Kohlen auf Halben werfen mußte, dazu Betriebe stilllegte und zum Feuern gezwungen war, trotzdem es seinen eigenen Bedarf an Brennstoffen nicht decken kann.

Im Jahre 1930 wurden nach dem Bericht im französischen Bergbau 55,03 Mill. To. gegenüber 54,92 Mill. To. 1929 gefördert.

Der Bedarf der französischen Wirtschaft belief sich auf 87 Mill. To. Eingeführt wurden 29,25 Mill. To. Steinkohlen, 4,68 Mill. To. Koks, 1,37 Mill. To. Briketts. Insgesamt wurden also, auf Rohkohle umgerechnet, 36,71 Mill. To. eingeführt, das sind 412 000 To. weniger als 1929.

Während alle Kohlenlieferungsänderungen in den letzten zwei Jahren ihre Einfuhrquote erhöhen konnten, ging die Einfuhr der Saarkohle, welche zur Zeit bekanntlich Eigentum des französischen Staates ist, um 450 000 To. zurück. Der französische Kohleneinfuhrrückgang geht vollständig auf Kosten der Saarkohle.

Nach der Saarkohlestatistik zeigt die Einfuhr von Kohlen nach Frankreich im Jahre 1929 und 1930 folgende Zahlen:

	1929	1930
Frankreich von 1914	3 529 701	2 980 238
Elsaß-Lothringen	1 445 636	1 560 682
Zusammen:	4 975 337	4 540 920

Die Belegschaftsziffer ist eine dauernd rückläufige und hat bereits im Monat Februar mit 56 972 die Vorkriegsziffer erreicht.

Die französische Förderung ist von 43,8 Mill. To. 1913 auf 55,03 Mill. To. 1930 oder um 25 Prozent gestiegen, während die Saarkohlenförderung sich in keiner Weise nach oben verändert hat, sondern 1930 dieselbe Förderungsziffer wie 1913 aufweist.

Bei den Verhandlungen in Paris hat der Minister für öffentliche Arbeiten eine Verbesserung des Saarkohlenabfahrs zugesagt. Die Saarbergarbeiter verlangen, daß der französische Staat dafür Sorge trägt, daß die eigenen Saarkohlen in der französischen Wirtschaft mehr Verwendung finden.

Werbepremien

gibt der Vorstand auch im Jahre 1931 an alle diejenigen, die besonders erfolgreiche Werbearbeit leisten.

Die Bedingungen werden nächstens bekannt gegeben. Mit der Werbearbeit kann jetzt schon begonnen werden.

An die in Lothringen beschäftigten Bergarbeiter.

Mehrere tausend Bergarbeiter des Saar- und deutschen Grenzgebietes sind auf den Steinkohlengruben in Lothringen beschäftigt. Die früher starke Organisation wurde durch kommunistische Spaltungspolitik zerstört. Die Folgen der kommunistischen gewerkschaftlichen Untätigkeit sind für die in Lothringen beschäftigten Arbeiter katastrophal. Seit Jahren besteht kein Lohnvertrag. Die Löhne werden von dem Unternehmertum nach Willkür festgesetzt und in der Regel den Arbeitern einfach durch Anschlag bekanntgegeben. Erholungsurlaub kann man im Lothringer Bergbau nicht. Die Arbeitsverhältnisse im Betrieb lassen alles zu wünschen übrig. Hohe Strafen für Kleinigkeiten, schlechte Behandlung, keine tarifliche Beschwerdestanz, das alles zeigt dem Arbeiter den großen Schaden infolge Fehlens einer gewerkschaftlichen Organisation.

Wo hat der Bergarbeiter ohne Organisation einen Rückhalt? Wo bietet ihm Hilfe bei Krankheit, Arbeitslosigkeit? Wo ist sein Schutz in Streitfällen des Arbeitsverhältnisses und der Sozialversicherung?

Es ist deshalb notwendig, daß sämtliche Bergarbeiter, die im Saar- oder deutschen Grenzgebiet wohnen und im Lothringer Bergbau arbeiten, sich der stärksten deutschen Bergarbeiterorganisation, dem Verband der Bergbauindustriearbeiter, anschließen.

Mit dem französischen Bergarbeiterverband ist zur wirksamen Vertretung ihrer Interessen nachstehende Vereinbarung abgeschlossen:

Vereinbarung.

Zwischen der Bezirksleitung Saarbrücken des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands und der Bezirksleitung des französischen Bergarbeiterverbandes, C. G. T. in Forbach, wird über Organisation und Vertretung der Bergarbeiter der beiden Grenzgebiete folgendes vereinbart:

Die Bergarbeiter, welche im Saar- oder deutschen Staatsgebiet wohnen und auf einer Schachtanlage in Elsaß-Lothringen beschäftigt sind, werden von dem Bezirk Saarbrücken des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands organisatorisch erfaßt.

Die Bergarbeiter, welche in Elsaß-Lothringen wohnen und auf einer Grube des Saargebietes arbeiten, sind von dem französischen Bergarbeiterverband C. G. T. zu organisieren.

Soweit die gewerkschaftlichen Aufgaben der in Lothringen beschäftigten Bergarbeiter von der Bezirksleitung Saarbrücken aus staatspolitischer Hindernisse nicht restlos wahrgenommen werden können, übernimmt die Bezirksleitung des französischen Bergarbeiterverbandes die Vertretung.

Die Vertretung erfolgt nur dann, wenn das Mitglied sich durch das Mitgliedsbuch ausweist, des weiteren sich im Besitz einer Bescheinigung der Bezirks- oder Geschäftsstellenleitung des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter, mit Stempel versehen, befindet, aus welcher die Art der Vertretung ersichtlich ist.

Dieselbe Regelung unter denselben Bedingungen tritt ein, wenn die gewerkschaftliche Vertretung eines im Saargebiet beschäftigten, dem französischen Bergarbeiterverband angehörenden Mitgliedes durch die Bezirksleitung Saarbrücken des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter notwendig wird.

Saarbrücken, den 23. März 1931.

Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands,

Bezirksleitung Saarbrücken.

Julius Schwarz.

Verband der französischen Bergarbeiter, Bezirksleitung Forbach.

Richt.

Bergarbeiter, wahrt eure Interessen. Schützt euch gegen ungünstige soziale Einwirkungen. Erwerbt die Mitgliedschaft!

Neue Arbeitszeitverhandlungen im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau.

Wie wir bereits meldeten, schweben zwischen den Gewerkschaften und den Arbeitgebern im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau Verhandlungen wegen Arbeitszeitverkürzung. Ueber den Stand dieser Verhandlungen berichtete Kamerad Martini öfter auf unserer Reichskonferenz. (Siehe hierzu erste Seite dieser Nummer.)

Nun haben am 1. Mai weitere Verhandlungen stattgefunden, die ein neues Resultat zeigten. Die Unternehmer erklärten sich bereit, eine weitere Schichtzeitverkürzung für Untertagearbeiter zuzugestehen, und zwar soll danach die Schichtzeit für die Untertagearbeiter im R e r r e v i e r verkürzt werden auf 8 Stunden und im Randrevier auf 8 1/2 Stunden.

Ueber Annahme oder Ablehnung entscheidet eine Revierkonferenz.

des Verbandes, um gemeinsam mit den Lothringer Bergarbeitern in den freien Gewerkschaften C. G. T. auch im Lothringer Bergbau menschenwürdige Zustände zu schaffen!

Arbeiterversammlung auf Grube St. Ingbert und Bergbach.

Am 23. April fand auf den ehemaligen bayerischen Staatsgruben St. Ingbert und Bergbach die Wahl der Sicherheitsmänner und damit des Arbeiterverschusses statt. Die Wahl erfolgte nach den Bestimmungen des bayerischen Berggesetzes, nach welchem die Verhältniswahl vorgehien ist.

In St. Ingbert machten 85 Prozent der Wähler von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Gewählt wurden 7 Ausschussmitglieder. Wie bei der letzten Wahl erhielt der Verband 3. der christliche Gewerksverein 4 Mandate. Vom Verband sind gewählt die Kameraden: Hans Bastian, St. Ingbert; Jakob Kreier, St. Ingbert; Jakob Knapp, St. Ingbert.

Die Belegschaft der Grube Bergbach wählte zwei Mitglieder zum Arbeiterverschuss. Gewählt haben 245 Personen, ungefähr 95 Prozent.

Der Verband erhielt 195, der Gewerksverein 252 Stimmen. Gewählt ist weiterhin ein Mitglied des Verbandes und christlichen Gewerksvereins. Als Verbandsmitglied wurde der Kamerad Karl Rodrian (Oberbergbach) gewählt.

Dankagung. Die für mich von der Belegschaft der Grube Frankenholz veranstaltete Sammlung hat den Betrag von 712 Fr. ergeben. Ich lag; allen Spendern meinen herzlichsten Dank. Walter Frig (Frankenholz).

Aus dem Bezirk Köln.

Konferenz der Betriebsräte in Köln.

Die freigewerkschaftlichen Betriebsräte versammelten sich am 19. April in Köln bei Korff, um einen Rückblick auf die verflochtenen Wahlen zu halten. Hierüber erstattete Kamerad Simon vom Bergbauindustriearbeiterverband Bericht.

Bei den diesjährigen Wahlen konnten die freien Gewerkschaften nicht denselben Stand erreichen wie im Vorjahre, was sich aber daraus ergibt, daß die Belegschaften stark vermindert und somit auch weniger Betriebsratsmitglieder gewählt wurden. Es erhielten Betriebs- und Arbeiterratsmitglieder:

	1930	1931
Freie Gewerkschaften	137	120
Christliche Gewerkschaften	91	87
RGD.	9	18
Gelbe (Nazis)	3	3
Unorganisierte (Sonstige)	1	3

Trotz der größten Bemühungen ist es den Nazis nicht gelungen, einen Erfolg zu erzielen. Mit jämmerlichen drei Mandaten mußten sie abziehen. Der RGD. ist es aus Grund ihrer wilden Hege gegen die freien Gewerkschaften gelungen, in einigen Betrieben Mandate zu erobern. Die gesamten Wahlen aber zeigen, daß die übergroße Mehrheit der Belegschaften im Braunkohlenrevier auf Seiten der freien Gewerkschaften steht. Das Wahlergebnis muß uns aber ein Ansporn sein, dafür Sorge zu tragen und unsere Tätigkeit danach einzustellen, daß das Vertrauen der Arbeiterschaft zu den freien Gewerkschaften noch stärker wird.

Im Erzbergbaugbiet sind heute nur noch 80 Mann beschäftigt. Von den hier gewählten drei Betriebsratsmitgliedern sind zwei freigewerkschaftlich, der dritte unorganisiert. Die Christen mußten hier leer ausgehen.

Hierauf gab Kamerad Simon noch einen Ueberblick über die Aufgaben der Betriebsräte und die arbeitsgerichtlichen Entscheidungen.

Nachdem die Wahlen zum Gruppenrat und dessen Schriftführer gerätigt waren, erhielt Genosse Heitmann von der Arbeiterbank das Wort zu dem Vortrag: „Die Arbeiterbank und deren Bedeutung für die Arbeiterschaft.“ Er schilderte die Bestrebungen der Gewerkschaften, die vor dem Kriege schon dahin zielten, ein eigenes Institut zu gründen, das die Gelder der Arbeiter verwaltet, um dadurch zu verhüten, daß dieses gegen die Arbeiter selbst verwandt wird, wie dieses in den privaten Banken meist geschieht. Durch den Weltkrieg wurde dieses Ziel zunichte gemacht. Erst im Jahre 1924 wurde die Arbeiterbank, als tatsächliche Nachfolgerin der „Deutschen Kapitalverwertungs-GmbH.“ gegründet. Die Bank, die die Form einer AG. hat, hat nur Namensaktien herausgegeben, die sich in den Händen des RGD., des Afa-Bundes, des Deutschen Beamtenbundes, des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen und der Konzentrations-AG. befinden. Dadurch ist verhütet, daß Privatpersonen Einfluß auf die Bank bekommen können. Da es aber nicht nur Zweck der Bank ist, die Gelder der Gewerkschaften zu verwalten, sondern auch die Spargelder der Arbeiter- und Angestelltenchaft, hat man ihr eine Sparkasse angegliedert. Wie großartig die Entwicklung der Bank ist, sieht man am besten aus einem Vergleich des Kapitals und der Einlagen. Diese betragen Ende 1924 etwa 2,5 Mill. M., Ende 1930 aber über 184,5 Mill. M. Selbst im Krisenjahr 1930 stiegen noch die gesamten Einlagen der Bank von 163,2 Mill. M. auf 167,9 Mill. M. Diese günstige Entwicklung der Bank ist aber auch schon den Unternehmern ein Dorn im Auge geworden. Ihre Zeitungen schreiben selbst schon, daß diese Bank ein Unternehmen geworden sei, mit dem heute gerechnet werden müsse. Dieses muß die Arbeiter ansprechen, ihr eigenes Institut zu stützen und zu fördern und ihre etwaigen Spargelder in demselben anzulegen. Damit wird die Arbeiterbank zu einem mächtigen Faktor im Wirtschaftsleben werden. H. W.

